34. Jahrgang. Donnerstag, 29. Januar. Abend-Ausgabe

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Nr. 18725. 1891.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 29. Januar. (Privattelegramm.) Die **socialistische Fraction** beschloß gestern Abend, im Reichstage wegen der von der Gewerbeordnungscommission eingefügten Strafbestimmungen über den Contractbruch und die Einführung von Bußen die Aufhebung der Kündigungsfristen zwischen den Arbeitern und Unternehmern zu beantragen.

— Nach der „Köln. Volkszeitung“ haben die **Bischöfe** wegen der **Sperrgelder** nicht eine Immediateingabe an den Kaiser, sondern nur eine **Eingabe** an das Ministerium gerichtet.

Berlin, 29. Januar. (W. T.) Die **socialdemokratische Fraction** hat gestern Abend bei starker Betheiligung beschlossen, den Genossen zu empfehlen, die **Maifeier** auf den ersten Sonntag des Mai zu verlegen. Ein Aufruf mit Gründen soll folgen.

Jassy, 29. Januar. (Privattelegramm.) Der „Telegraful“ meldet aus glaubwürdiger Quelle, daß **Rußland** geneigt sei, den politischen status quo **in Bulgarien anzuerkennen** gegen den Abschluß einer Convention zur Auslieferung der russischen politischen Flüchtlinge.

Rom, 29. Januar. (Privattelegramm.) Im Dome zu Catania ist Nachts der **Sarg der heiligen Agathe erbrochen** worden. Der ganze kostbare Schmuck ist entwendet worden. Es herrscht die größte Aufregung.

Petersburg, 29. Januar. (Privattelegramm.) Durch einen in der letzten Zeit erlassenen Befehl sind die Behörden angewiesen worden, **jüdische Militärpflichtige** auf das strengste zu beaufsichtigen, daß sie sich durch absichtliche Verstümmelung nicht ihrer Militärpflicht entziehen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 29. Januar.

Die gestrigen Parlamentsverhandlungen.

Die Auswanderung nach Brasilien, der aufsichtsführende Amtsrichter, die Erhöhung der Invalidenpensionen und die sog. Privilegien der Presse im Telegraphenwesen — das ist die Liste der wichtigeren Verhandlungsgegenstände, mit denen sich das preußische Abgeordnetenhaus und der Reichstag gestern befaßt haben. Abgesehen von der Ankündigung eines Auswanderungsgesetzes bot die Verhandlung über die **Auswanderungsfrage** nichts Neues. Wer sich in der Heimath unbehaglich fühlt oder wer sich anderswo eine behaglichere Existenz verspricht, wird trotz aller Maßregeln auswandern; und je weniger jemand die Zustände im Auslande kennt, um so leichter wird er sich zur Auswanderung verleiten lassen auf die Gefahr hin, aus dem Regen in die Traufe zu kommen. Welchen Umfang die Auswanderung nach Brasilien thatsächlich angenommen, ist leider nicht mitgetheilt worden. Sollte das geschehen, so wird man auch immer noch zwischen der Auswanderung nach Nord- und nach Süd-Brasilien unterscheiden müssen, da gegen die letztere trotz des berüchtigten v. d. Heydt'schen Rescripts nicht viel einzuwenden ist. Der Hauptstrom der Auswanderung geht nach wie vor nach den Vereinigten Staaten, und zwar nicht nur aus Deutschland, — und diese Auswanderung wird man vielleicht erschweren, nicht aber verhindern können. Die Hoffnung, welche Dr. Arendt aussprach, daß es möglich sein würde, die Answanderung nach deutschen Colonien zu leiten, ist völlig eitel. Kein Staat hat mehr und größere Colonien als England, und doch ist der Procentsatz der Auswanderer, der nach den englischen Colonien geht, ein ganz geringer. Für den preußischen Osten trifft die Auswanderungsfrage mit der Arbeiterfrage zusammen. Wenn die Grundbesitzer sich möglichst Mühe gäben, ihre Arbeiter durch gute Behandlung und höheren Lohn zu fesseln und ihnen den Erwerb eines Stückchen Land zu ermöglichen, so brauchten sie nicht so viel polnische Arbeiter und könnten auch die Klagen über das Auswanderungsfieber einschränken. Diese Einsicht, zu welcher auch der Minister des Innern mahnte, hat hoffentlich die gestrige Verhandlung gefördert.

Was die Vorlage betreffend den **aufsichtsführenden Amtsrichter** betrifft, so hat die Rede des Justizministers klargestellt, daß der Kanzler von Preußen, der Oberlandesgerichtspräsident von Königsberg, Herr v. Holleben, mit seinen Klagen über die „verlotterten Amtsrichter“ in bedenklicher Weise entgleist ist. Die Vorlage bezieht sich garnicht auf das Privatleben der Amtsrichter, sondern auf die Geschäftsführung. Aber der Ton, den Herr v. Holleben im Herrenhause angeschlagen hat, erzeugte einen so scharfen Mißklang, daß das Schicksal des Gesetzentwurfes so gut wie besiegelt ist. Unter keinen Umständen wird die Uebertragung der Aufsicht auf Widerruf und die Ausdehnung der Maßregel auf kleinere Amtsgerichte die Zustimmung des Abgeordnetenhauses finden.

Daß der Ton, wie man zu sagen pflegt, die Musik macht, hat im Reichstage vor allem die selbstgefällige Vertheidigung seiner Verwaltung seitens des Staatssecretärs v. Stephan bewiesen. Daß Herr v. Stephan die Petition der 234 Zeitungen um Ermäßigung der **Gebühren für die Zeitungstelegramme** bekämpfte, war sein gutes Recht, wenn auch seine Gründe nicht alle das Prädicat „gut“ verdienen; aber dieses Verlangen eines großen Theiles der Presse auf eine Stufe zu stellen mit dem Erlaß des Fideicommißstempels, war zum mindesten ungeschickt. Hr. v. Stephan, der hierbei so abfällig von einem Streben nach Vorrechten sprach, konnte doch thatsächlich nicht in Abrede stellen, daß Vorrechte, wenn auch nicht bezüglich der Gebühren, z. B. dem sogen. Wolff'schen Telegraphenbureau eingeräumt sind. Diejenigen, die sich darüber beklagen, daß die Telegramme dieses Bureaus den Privattelegrammen der Zeitungen vorgehen — was notorisch ist —, wird Herr von Stephan nicht mit der Versicherung beruhigen, daß einfache Depeschen des Bureaus dringenden anderen Depeschen nicht vorgehen. Was verlangt wird, ist, daß das Wolff'sche Bureau bezüglich der Beförderung einfacher Depeschen nicht bevorzugt wird, gleichviel ob die Regierung oder Herr v. Bleichröder sich der Dienste des Bureaus bedienen. Im übrigen meint man in journalistischen Kreisen, daß Herr v. Stephan, der, was das Lob seiner Verwaltung betrifft, sich die guten Dienste von Zeitungen aller Farben so gern gefallen läßt, keine Ursache gehabt hätte, über das Verhältniß der Presse und der Regierungen in anderen Ländern zu witzeln. Vielleicht ist der Herr Staatssecretär bei der heutigen Fortsetzung der Verhandlung zu einer sachlicheren Erörterung der Frage geneig.

Theilweise Aufhebung des Verbotes für amerikanisches Schweinefleisch.

Durch mehrere Zeitungen ist die Nachricht gegangen, daß die Reichsregierung trotz der Ablehnung des Antrages Barth auf Aufhebung des Einfuhrverbotes für amerikanische Schweine und Schweinefleisch eine versuchsweise Aufhebung des Verbotes ins Auge gefaßt habe. Nach den Informationen der „Lib. Corr.“ ist das nicht zutreffend. Dagegen wird glaubhaft versichert, die Regierung sei gewillt, das Einfuhrverbot für **amerikanischen Speck und Schinken** aufzuheben, gleichzeitig aber eine **obligatorische Trichinenschau** dieser Einfuhr in den **Einfuhrhäfen** einzuführen. Damit würde dem dringendsten Bedürfniß entsprochen. Der Handhabung der Trichinenschau stehen materielle Hindernisse um so weniger entgegen, als ohnehin der amerikanische Speck im Einfuhrhafen einer Umpackung und erneuten Salzung unterliegt, so daß die Untersuchung der einzelnen Stücke auf Trichinen ohne Zeitverlust durchzuführen ist.

Weineinfuhr aus Oesterreich und Italien.

Einem Antrage des deutschen Handelstages entsprechend, hat das kaiserliche statistische Amt damit begonnen, in besonderen Heften Uebersichten über den Waarenverkehr Deutschlands mit den einzelnen Ländern während der Jahre 1880 bis 1889 zu veröffentlichen. Zunächst sind zwei Hefte über den Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien erschienen, welche angesichts der Verhandlungen über neue Handelsverträge ein hervorragendes Interesse beanspruchen dürfen, wenn auch Folgerungen aus dem vorgelegten Material nur mit genauer Berücksichtigung der Mängel und Aenderungen unserer handelsstatistischen Ermittelungen gezogen werden dürfen. Bemerkenswerth ist z. B. die Entwickelung der Einfuhr von Wein aus beiden Ländern, da eine Vereinbarung über den Zoll für diesen Artikel bei neuen Verträgen wohl in Frage kommen kann. Es betrug nun:

Wein-Einfuhr aus Oesterreich:

1880	59 782	Doppelctr.,	i. W. von	3,3	Mill.	Mk.
1881	64 679	„	„	3,9	„	„
1882	68 527	„	„	4,0	„	„
1883	73 056	„	„	4,3	„	„
1884	79 808	„	„	4,9	„	„
1885	85 262	„	„	4,7	„	„
1886	89 180	„	„	4,9	„	„
1887	106 018	„	„	5,3	„	„
1888	118 774	„	„	5,7	„	„
1889	131 547	„	„	7,9	„	„

Wein-Einfuhr aus Italien:

1880	16 946	Doppelctr.,	i. W. von	0,9	Mill.	Mk.
1881	20 775	„	„	1,2	„	„
1882	21 149	„	„	1,2	„	„
1883	35 084	„	„	2,1	„	„
1884	33 152	„	„	2,1	„	„
1885	30 599	„	„	1,7	„	„
1886	32 977	„	„	1,8	„	„
1887	49 580	„	„	2,5	„	„
1888	71 388	„	„	3,4	„	„
1889	121 106	„	„	7,3	„	„

Die Ablehnung der Unteroffizier-Dienstprämien.

Nach im ganzen neunstündigen Verhandlungen hat die Budgetcommission des Reichstages (wie bereits kurz telegraphisch gemeldet ist. D. R.) gestern die im Militäretat beantragte Einführung von Unteroffizier-Dienstprämien abgelehnt. Bei der Abstimmung standen der Regierungsforderung im Gesammtbetrage von $4\frac{1}{2}$ Mill. Mk. für Dienstprämien, von 5 bis 12 Jahren von 50 Mk. auf 1000 Mk. steigend, drei andere Anträge gegenüber. Abg. Hammacher wollte erst vom neunten Jahre ab eine Prämie und demnach für Preußen 3 200 000 Mk. bewilligen. Abg. Oechelhäuser beantragte für das zwölfte Dienstjahr eine Prämie von 1200 Mk., Prinz Arenberg (Centr.) eine solche von 1000 Mk. (wie im Etat beantragt). Für die Regierungsvorlage stimmten nur 9 Mitglieder. Der Antrag Hammacher wurde mit 18 gegen 10 Stimmen, der Antrag Oechelhäuser mit 24 gegen 4 Stimmen und der Antrag Prinz Arenberg mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Alsdann setzte die Commission die Summe von 360 000 Mk. wie im vorigen Etat wieder ein. In der gestrigen Debatte gab Abg. Hinze eine sehr detaillirte vergleichende Uebersicht der Gehaltsverhältnisse in Frankreich und Deutschland, aus welcher hervorgeht, daß trotz der in Frankreich eingeführten Prämien der Mangel an Unteroffizieren, der durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hervorgerufen wurde, erheblich größer ist als in Deutschland. Trotz der Prämien ist in Frankreich die Erhaltung eines alten Unteroffiziercorps nicht erreicht worden. In der französischen Armee fehlen über 6000 Unteroffiziere, also mehr als das gesammte Manquement in der deutschen Armee beträgt. Hinze führte alsdann aus, daß die Besserung der Civilgehaltsverhältnisse in Deutschland erheblich größer sei, als die Militärverwaltung annimmt. Dieselbe unterschätze die Vortheile, welche den abgehenden Unteroffizieren durch die Militäranwärter- und die Civilversorgung geboten werden. Lasse man die letzte Heeresverstärkung außer Betracht, so würde ein wirkliches Manquement an Unteroffizieren nur in Höhe von 3,61 Procent vorhanden sein. Das höhere Manquement falle auf die Neuorganisation; ein Ausgleich müsse also abgewartet werden. Daß derselbe im Laufe der natürlichen Entwickelung (Unteroffizierschulen) eintreteten werde, sei um so weniger zweifelhaft, als der größte Theil der Lücken durch die im Jahre 1887 beschlossene außerordentliche Heeresverstärkung herbeigeführt worden wäre. Ohne diese würde heute kein Manquement vorhanden sein. Mit irgend welchen neuen Mitteln könne eine sofortige Ausfüllung der Lücken nicht erzielt werden. Jedenfalls sei ein Nothstand, welcher ganz neue Mittel erfordert, nicht vorhanden. Die von anderer Seite befürwortete Aufnahme von Unteroffizieren in das Offiziercorps hält Abgeordneter Hinze im Frieden für nicht ausführbar, da die persönliche und militärische Bildung beider zu verschieden sei. Die vorgeschlagenen Dienstprämien passen nach seiner Auffassung nicht in das ganze Besoldungssystem. Die Einführung von drei Altersstufen würde richtiger, nützlicher und zugleich viel weniger kostspielig sein, als der heutige Vorschlag. Er beantragte, in Kap. 24 Tit. 13 a den früheren Betrag von 360 000 Mk. wieder einzustellen. Die Commission beschloß demgemäß. Für die Regierungsforderung erklärten sich Abg. Hartmann, v. Massow und Hahn; Graf Behr für den Antrag Hammacher, Abg. v. Huene für den Antrag Arenberg. Die von der Regierung vorgeschlagene Scala reize nur zum früheren Verlassen des Dienstes. Auch Abg. v. Huene hält die bloße Aussage der Regierung, daß die Qualification der Unteroffiziere sich verschlechtert habe, für ungenügend. Das Centrum stimmte theils für diesen Antrag, theils für vollständige Ablehnung der Vorlage.

In der Schlußsitzung des böhmischen Landtages, die gestern abgehalten wurde, drückte Cardinal Schönborn dem Statthalter Grafen Thun und dem Oberstlandmarschall Fürsten Lobkowitz den Dank und die Anerkennung des Hauses aus. Der Statthalter hob in anerkennenden Worten die langwierigen aber ersprießlichen Bestrebungen des Hauses hervor, dem Lande friedliche Zustände zu schaffen, und erklärte mit allen Kräften diesen Bestrebungen Vorschub leisten zu wollen, welche auf friedliche Zustände und die Wahrung gleicher Rechte der Völker abzielten. Der Oberstlandmarschall drückte seine besondere Genugthuung darüber aus, daß wiederum gemeinschaftlich mit den Vertretern der deutschen Stadt- und Landbezirke zusammen gewirkt wurde, worauf er die Hoffnung begründet, daß sich die Gegensätze mildern und die Schwierigkeiten geringer gestalten werden. Es sei insbesondere in Oesterreich wahrnehmbar, daß die erbittertsten Gegner sich bei persönlichem Nähertreten der Parteien abdämpfen. Nach dreimaligem Hoch auf den Kaiser wurde der Landtag geschlossen.

Der Trauerfall in der belgischen Königsfamilie.

Der König der Belgier hat den Minister des Auswärtigen beauftragt, allen Regierungen und Staatsoberhäuptern, welche den Wunsch ausgesprochen hatten, zu den Beisetzungsfeierlichkeiten besondere Missionen zu entsenden, und welche auf den formellen Wunsch des Königs, in Anbetracht des schweren Unglücks, welches die königliche Familie betroffen hat, darauf verzichtet haben, seinen lebhaften Dank auszusprechen. Wegen ihres verwandtschaftlichen Verhältnisses zu dem Verstorbenen werden die Höfe von Deutschland, von England, von Sachsen-Coburg, Portugal und Rumänien bei den Beisetzungsfeierlichkeiten vertreten sein.

Prinz Heinrich von Preußen ist bereits gestern Nachmittag $1\frac{1}{4}$ Uhr hier angekommen und von dem Könige der Belgier, dem Personal der deutschen Gesandtschaft und dem Gouverneur der Provinz Brabant, Vergoté, auf dem Bahnhofe empfangen worden. Der deutsche Gesandte Graf v. Alvensleben war dem Prinzen bis zur Grenze entgegengereist. Ein Bataillon Grenadiere mit der Regimentsfahne erwies die militärischen Ehren. Der König umarmte den Prinzen Heinrich auf das herzlichste. Nach Vorbeimarsch der Truppen und nach erfolgter Vorstellung des beiderseitigen Gefolges begab sich der König mit dem Prinzen Heinrich nach dem königlichen Schlosse. Im Gefolge des Prinzen befinden sich der Hofmarschall, Capitän zur See Freiherr v. Seckendorff und die persönlichen Adjutanten, Capitän-Lieutenant von Basse und Premier-Lieutenant von Rüxleben.

Die deutsche Colonie in Brüssel hat gestern einen prachtvollen Kranz am Sarge des Prinzen Balduin niedergelegt.

Die italienischen Finanzen.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputirtenkammer gab der Finanzminister Grimaldi sein Finanz-Exposé. Er erklärte, die Regierung sei fest entschlossen, das Budgetgleichgewicht zu erreichen; sie habe die Veranschläge mit äußerster Strenge gemacht. In Folge der Verringerung bei einigen Einnahmetiteln nehme er ein Deficit für die Finanzgebahrung des Jahres 1891/92 von ungefähr 27 Millionen Lire beim Titel „effective Ausgaben“ in Aussicht; außerdem ein Deficit von $10\frac{9}{10}$ Millionen beim Titel „Kapitalbewegungen“. Das effective Deficit für 1892/93 veranschlage er auf 30 Millionen, wozu aus dem Titel „Kapitalbewegungen“ noch ein Fehlbetrag von $13\frac{3}{10}$ Millionen komme. Bei dieser Lage der Dinge wolle die Regierung vor allem eine nicht zu überschreitende Grenze für die außerordentlichen Ausgaben festsetzen. Diese sollten künftig niemals mehr als 85 Millionen betragen. Der Minister kündigte sodann die Einführung neuer Ersparnisse in dem Budget an und schlug Maßregeln vor, welche unter anderem aus einer Erhöhung der Alkohol-Fabricationssteuer, eine Einnahme von $33\frac{9}{10}$ Millionen sichern würden. Auf diese Weise werde nicht nur das Gleichgewicht in dem Titel der Einnahmen und der effectiven Ausgaben hergestellt, sondern auch zu einem Theile das Deficit in dem Titel „Kapitalbewegungen“ gedeckt. Es blieben dann nur noch etwa 4 Millionen zu decken. Zu diesem Zwecke und um die Mittel zur Amortisirung der Schuld zu gewinnen, kündigte der Minister mehrere Reformen und neue Ersparnisse an und erklärte zum Schluß, daß auf diese Weise das Budgetgleichgewicht ohne neue Steuern gesichert sei und daß man nunmehr die Verhältnisse des Schatzes verbessern und das Steuersystem reformiren könne.

Ueber die **Zollfrage** äußerte der Finanzminister: Während in Europa das bisherige harte Zollregime einer Milderung entgegenzugehen scheine und während Deutschland nach dem Abschluß eines Handelsvertrages mit der Schweiz gegenwärtig mit Oesterreich-Ungarn voll guten Willens unterhandle, richte andererseits Frankreich ein Zollsystem auf, welches eine einschneidende Aenderung der Zollpolitik der letzten 30 Jahre herbeiführen würde, sofern dasselbe nach gewissen Absichten eingerichtet werden sollte. Man müsse wünschen, daß diese Absichten nicht das Uebergewicht erhielten. Was Amerika anbetreffe, so habe Italien an der Haltung der Vereinigten Staaten kein directes größeres Interesse.

Der Friedensvertrag zwischen Frankreich und Dahomey.

Der Beschluß der französischen Kammer-Commission, den jüngst mit dem Könige von Dahomey abgeschlossenen Friedensvertrag als für die französischen Interessen nicht ausreichend an die Regierung zurückzuverweisen, hat in Regierungskreisen unangenehm berührt. Man hofft jedoch, die Kammer werde sich damit begnügen, zu erklären, daß sie die Verantwortlichkeit für den Vertrag der Regierung überlasse, womit die Angelegenheit erledigt wäre. Sollte indessen die Kammer den Beschluß der Commission genehmigen, so würde dies, wie das Journal „Paris“ meint, eine Niederlage der gesammten Regierung bedeuten und deren Stellung sehr schwierig gestalten. Ueberdies würde ein solches Votum der Kammer gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung an Dahomey sein, welches zu einem für Frankreich günstigeren Vertrage gezwungen werden müßte.

Gefechte mit den Mahdisten.

In Folge fortgesetzter arabischer Raubeinfälle der in der Nachbarschaft lagernden Mahdisten wurde, einer Meldung aus Suakin zufolge, vorgestern die Verfolgung derselben durch ägyptische Reiterei nöthig gemacht, wobei sich ein Gefecht entspann, in welchem zwei Reiter fielen und 40 Derwische gefangen genommen wurden. Der Generalgouverneur beschloß darauf, das nahe gelegene Handub zu besetzen. Die Besetzung wurde durch zwei Bataillone sudanesischer Infanterie und eine Abtheilung ägyptischer Cavallerie ausgeführt. Sie gelang nach kurzem Widerstande der Mahdisten, welche beträchtliche Verluste erlitten, während die ägyptischen Truppen nur einige Verwundete und keine Todte hatten.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 28. Januar.

Interpellation Motty:

„Ob und welche Maßregeln — neben den bis jetzt getroffenen — die Regierung angesichts der durch falsche Vorspiegelungen gewissenloser Agenten hervorgerufenen und im Frühjahr allem Anschein nach in vermehrtem Maße drohenden Massenauswanderung nach Brasilien zu ergreifen gedenkt.“

Nachdem der Abg. **Motty** (P.) die Interpellation begründet, erwidert

Minister **Herrfurth**: Die Neigung zur Auswanderung in einzelnen Theilen unserer Ostprovinzen hat sich bis zu einem vollständigen Auswanderungsfieber gesteigert. Im Hinblick auf die großen wirthschaftlichen und politischen Nachtheile, welche mit einer solchen massenhaften Auswanderung verbunden ist, erachtet es die Regierung für ihre Pflicht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen einer solchen Auswanderung möglichst entgegenzutreten. Aber die Grenzen für ein Einschreiten sind sehr eng gezogen. Im wesentlichen ist eine Verhinderung der Auswanderung nur möglich im Falle der Verletzung der Wehrpflicht. Im übrigen besteht Auswanderungsfreiheit. Dabei will ich schon jetzt erwähnen, daß der Reichskanzler bereits Verhandlungen angebahnt hat wegen Erlasses eines Gesetzes zur Regelung des Auswanderungswesens. Was sonst geschehen kann, geschieht schon jetzt. Agenten für Brasilien werden nicht concessionirt, falsche Vorspiegelungen werden zur Bestrafung herangezogen. Aber weiter ist nichts zu thun, abgesehen von der Belehrung. Durch letztere sind die Leute über den Unwerth der ihnen gemachten Vorspiegelungen aufzuklären. Sehr zweckmäßig ist die Veröffentlichung der Briefe von Ausgewanderten, die das gehoffte Eldorado in Brasilien nicht gefunden haben. Sehr nützlich wirkt auch namentlich jeder von dort Zurückgekehrte. Die Behörden ferner sind angewiesen, ihr Augenmerk darauf zu richten, ob eventuell ein Verlassen des Gesindedienstes unter Contractbruch stattgefunden hat.

Es ist dann zur Bestrafung zu schreiten. Auch zu Verhaftungen. Die Bremer Behörden sind ferner um eine strengere Controle ersucht worden. Wo ein Bedürfniß vorliegt, da lasse ich die polnischen Arbeiter zu. Ein Universalmittel gegen den Auswanderungsbacillus giebt es nicht, das Beste ist, wenn die wohlhabendere Bevölkerung diesen Bacillus durch Belehrung und durch Nähren der Anhänglichkeit an das Vaterland vernichten hilft.

Abg. Geer (nat.-lib.) theilt mit, daß in der polnischen Bevölkerung allgemein der Glaube verbreitet sei, daß in Brasilien ein neues polnisches Reich begründet werden soll. Das beste Mittel wäre, wenn auf Kosten des Staates einige hundert Auswanderer aus Brasilien in ihre Heimath zurücktransportirt würden.

Abg. Cahensly (Centr.) bezeichnet es als eine Aufgabe von Vereinen und Privaten, die Auswanderer zu belehren. Er verweist auf die Thätigkeit des Rafael-Vereins, der sich den Schutz von Auswanderern zur Aufgabe gestellt habe.

Abg. Arendt (freicons.) verweist auf die Auswanderungsgesetzgebung in England und der Schweiz, die er als nachahmungswerth empfiehlt. Die Auswanderer zögen jährlich 2½ Milliarden aus dem deutschen Nationalvermögen heraus. Wir könnten leider keine Auswanderer an unsere Colonien abgeben; er persönlich habe allerdings die Hoffnung, daß es demnächst gelingen werde, einen Theil der deutschen Auswanderer in Ostafrika unterzubringen, auch in Südwestafrika. Die geschilderten schlimmen Verhältnisse seien nur für Nordbrasilien zutreffend, anders liege das für Südbrasilien mit seinem subtropischen, den Deutschen sehr zuträglichen Klima, wo prosperirende deutsche Colonien bestehen.

Abg. v. Below-Saleske (cons.): Auch unter unserer Partei herrscht völlige Einmüthigkeit darüber, daß eine Beschränkung der Auswanderungsfreiheit nicht gewollt wird. Dem Mißstand aber, daß man sich durch Auswanderung der Militärpflicht entziehen und sich, wenn man nach 10, 15 Jahren zurückkehrt, mit 50 Thlrn. loskaufen kann, während die im Lande Gebliebenen dem Vaterlande die schwere Dienstpflicht abgeleistet haben, muß ein Ende gemacht werden. Man sollte den Auswanderungsstrom gerade nach Südbrasilien leiten, anstatt ihn, wie es jetzt geschieht, in die Vereinigten Staaten zu treiben.

Nach Erledigung einiger kleinerer Gegenstände folgt die 1. Berathung der Vorlage betreffend **die aufsichtsführenden Amtsrichter.**

Justizminister **v. Schelling**: Vorgestern hat hier die Rede eines Mitgliedes des Herrenhauses zu der Vorlage eine scharfe Kritik erfahren; der Redner hat nach dem stenographischen Bericht am Schlusse seiner Rede drei bedauerliche Fälle erwähnt, welche das außeramtliche Verhältniß von Richtern betrafen. Diese drei Fälle stehen nicht im Zusammenhang mit dem Zweck des Gesetzes. In den Richterstand können sich ebenso wie in andere Stände untaugliche Elemente einschleichen. Die Vorlage hat mit Disciplinarbefugnissen der Richter garnichts zu thun. Es scheint, daß viele Mitglieder dieses Hauses, welche dem Richterstande angehören, die Vorlage nicht gern sehen; aber ich hoffe, daß die Meinungsverschiedenheiten als nicht so groß sich herausstellen werden. Auf Nebenpunkte lege ich kein Gewicht; offen ist für mich die Frage, ob die Aufsicht widerruflich oder nicht widerruflich übertragen wird. Aber ein Mittelglied zwischen dem Landgerichtspräsidenten und dem Amtsrichter ist nothwendig. Es handelt sich bloß um die Aufsicht über die ordnungsmäßige Erledigung der Dienstgeschäfte. Ich würde geneigt sein, für die großen Städte dem aufsichtsführenden Amtsrichter auch eine äußere Auszeichnung zu Theil werden zu lassen. Die Nachtheile werden durch die Vortheile der neuen Einrichtung weit überwogen werden.

Abg. Biesenbach (Centr.): In der Rheinprovinz hat der Entwurf allgemeine Mißstimmung erregt. Eine Aufsicht bei gleichgestellten Beamten ist ein sehr precäres Mittel. Wir haben keine verlotterten Richter, keine Richter, welche eine derartige intensive Beaufsichtigung brauchen, wie sie Hr. v. Holleben im Herrenhause verlangt hat. Was hat denn jetzt der Landgerichtspräsident so ungeheuer übermäßig zu thun, daß er nicht die Aufsicht üben kann? Die Vorlage in der Gestalt des Herrenhauses setzt das Ansehen des Amtsrichters beim rechtsuchenden Publikum einfach herab. Kein Amtsrichter wünscht das Gesetz, wie es aus dem Herrenhause hervorgegangen ist. Ich bitte, das Gesetz einer besonderen Commission zu überweisen.

Abg. Simon v. Zastrow (cons.): Ich freue mich, daß Herr v. Holleben die abfälligen Aeußerungen über die Amtsrichter nicht in der Allgemeinheit gemacht hat, die die Zeitungen ihm imputirten. (Widerspruch links und im Centrum.) Ich empfehle die Annahme der Vorlage, die auf eine ursprünglich hannoversche Einrichtung zurückgeht. Im Abgeordnetenhause wurde 1877 die Aufsicht angenommen für die größeren Amtsgerichte, aber leider vom Herrenhause abgelehnt. Jetzt hat die Regierung auf Anregung aus diesem Hause in Folge eines Antrages Olzem-Enneccerus dem Landtage die Vorlage gebracht, welche das Herrenhaus meiner Ansicht nach durchaus verbessert hat.

Abg. Bödicker (Centr.) beantragt die Ueberweisung an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern, weil in der Justizcommission zu viel activ und passiv betheiligte Personen sitzen. Die Sache mit der Uebernahme einer bewährten hannoverschen Einrichtung stimmt nicht ganz; die bezügliche Bestimmung ist eine reactionäre Verschlechterung der hannoverschen Justizverfassung unter dem Ministerium Borries, und weder Hr. Leonhardt noch Hr. Windthorst haben von ihr Gebrauch gemacht. Die von Hrn. v. Holleben mitgetheilten Fälle sind doch Ausnahmen; will man solche etwa für ausreichend betrachten, um alle Amtsrichter überhaupt unter Curatel zu stellen? Redner betrachtet die Vorlage nur als Brücke zu etwas Weiterem, und weil er das Weitere nicht will, gilt für ihn: Principiis obsta!

Geh. Rath Eichholtz: Die Vorlage begründet sich für uns aus den Mängeln der bestehenden Einrichtungen, nicht aus den Vorkommnissen bei Personen. Die Justizverwaltung hat gegen den Stand der Amtsrichter einen Vorwurf weder in der Begründung, noch bei den Verhandlungen im Herrenhause ausgesprochen. Die Einrichtung des Amtsrichterthums hat sich im ganzen gut bewährt, auch dieser Stand ist von dem Pflichtgefühl beseelt, welches von jeher den Stolz des preußischen Beamtenthums gebildet hat.

Abg. Kraß (freicons.): In meinem Bezirk habe ich kein Bedürfniß der Verstärkung der Aufsicht wahrgenommen, ich würde also gegen die Vorlage stimmen, wenn nicht anderswo die Verhältnisse verbesserungsbedürftig wären. Wenn es freilich so geschieht, wie Hr. v. Holleben sagt, der Oberlandesgerichtspräsident alle drei, der Landgerichtspräsident alle vier Jahre die Gerichte revidirt, dann wird die gesetzliche Vorschrift in ihr Gegentheil verkehrt. Hier sollte durch Aenderung des Reglements nachgeholfen werden. Für unnöthig kann ich aber die Vorlage nicht halten. Wo die Landgerichte ein so großes Collegium haben, findet der Präsident thatsächlich nicht die Zeit, die Aufsicht über die Amtsrichter zweckentsprechend auszuüben; man sollte aber auf den ursprünglichen Vorschlag der Regierung zurückgehen. Das Bedürfniß ist nur für die großen Amtsgerichte anzuerkennen. Außerdem würde die Aufsicht als unwiderruflich zu übertragen sein, womit denn auch der besondere Rang und Titel des aufsichtsführenden Richters sich rechtfertigen würde.

Abg. Czwalina (freis.): Die heutige Frage berührt nicht nur die Amtsrichter, sondern auch aufs tiefste unsere Rechtsordnung, deren seit 11 Jahren bestehende Form geändert werden soll. Jetzt stehen Amtsrichter und Landrichter im Range vollkommen gleich unter demselben Vorgesetzten, dem Landgerichtspräsidenten. Dies soll durchbrochen werden. An Gründen für die plötzliche Unhaltbarkeit der Zustände ist nichts Greifbares angeführt worden. Aber höchst wunderbar ist doch, was Herr v. Holleben, ein Oberlandesgerichtspräsident, in dem einen Falle erzählt hat; er begnügte sich nicht mit der Erkundigung beim Landgerichtspräsidenten, die ihm doch genügen mußte, sondern er ging zum Landrath und erfuhr bei diesem das Entgegengesetzte. Was hätte man gesagt, wenn ein Regierungspräsident sich beim Landgerichtspräsidenten nach der Aufführung der Landräthe erkundigt hätte? Im übrigen ist zweifelhaft, ob nicht die Einschiebung einer solchen Instanz eine Veränderung des Reichsrechtes, des Gerichtsverfassungsgesetzes bedingt. Die metallische Frage spielt hier doch sehr mit, da ein besonderes Gehalt für den aufsichtsführenden Richter vorbehalten ist. Es handelt sich um 600 Stellen. Das Minimum der Zulage würde doch 300 Mark betragen müssen.

Abg. Günther (n.-l.) spricht sich namens eines Theils seiner Freunde für die Vorlage aus.

Abg. Brandenburg (Centr.) erklärt, er spreche gegen das Gesetz, nicht pro domo, denn er sei Einzelrichter, sondern pro aris, um der Festigung des Rechtsgefühls im Volke willen. Er lehne diese Vorlage als schädlich a limine ab.

Abg. Eberhard (cons.): Von einer ganz neuen ungeheuerlichen Veränderung kann nicht geredet werden; 1877 hatte das Abgeordnetenhaus in dem Sinne entschieden, wie die Vorlage die Sache regeln will. Daß eine Verminderung des Ansehens der Amtsrichter die Folge der Einsetzung des aufsichtsführenden Amtsrichters sein werde, haben die Erfahrungen in Baiern nicht bestätigt.

Abg. Windthorst: Wir haben es hier mit dem letzten Ringen des ehemaligen Kreisgerichts gegen den Amtsrichter zu thun. Nach den nicht glücklichen Erörterungen im Herrenhause dürfen wir uns auf die Vorlage überhaupt nicht einlassen. Nach meinem Dafürhalten hat die Erklärung des Commissars der Vorlage den Boden entzogen. Es freut mich, daß auch nach Ansicht der Justizverwaltung das Einzelgericht sich im großen und ganzen bewährt hat; das ist ein kleiner Dämpfer für die, die es immer noch bekämpfen. Der Eindruck im Publikum ist fast allgemein der, daß die Vorlage eine üble Censur für die Richter enthalte. Die Richter selbst müssen insgesammt darin eine harte Censur sehen. Mit der Regierungsvorlage könnte man handeln, mit den Beschlüssen des Herrenhauses absolut nicht. Der jüngere Amtsrichter darf nicht über den älteren gesetzt, die Aufsicht nicht widerruflich übertragen werden. Ich bin erstaunt, daß die Justizverwaltung sich der Ausdehnung der Vorlage im Herrenhause nicht widersetzt hat. Wenn Sie die Richter, so wie hier geplant, unter die Knute stellen, glauben Sie dadurch ihre Manneskraft zu heben? Entweder schaffen Sie das Amtsgericht ab, wenn es Ihnen nicht gefällt; gefällt es Ihnen aber, oder können Sie es nicht abschaffen, so muthen Sie ihm auch nicht solche capitis deminutio zu.

Abg. Krause (nat.-lib.): Meine Partei kann in ihrem größten Theile die Vorlage nicht annehmen. Die Aufsicht ist, wenn überhaupt, vielleicht bei den Einzelgerichten dringender nöthig. Die großen Amtsgerichte am Sitze der Landgerichte sind von den Landgerichts-Präsidenten leicht zu beaufsichtigen; für Berlin würde auch der aufsichtsführende Richter nicht ausreichen. Hr. v. Holleben, das muß ich als Abgeordneter der Provinz Ostpreußen sagen, hat Verhältnisse der richterlichen Wirksamkeit in einer Weise vorgetragen, die man sonst nicht in gesetzgebenden Körperschaften zu hören gewohnt ist; auf Mittheilungen, welche man mit dem Ausdruck „Klatsch" bezeichnen kann, hätte er doch lieber verzichten sollen. Wir legen Protest ein gegen ein solches Verfahren. Wir können weder die Regierungsvorlage, noch gar die Herrenhausbeschlüsse acceptiren. Der jetzige Zustand hat zu Beschwerden und Bedenken Anlaß nicht gegeben.

Der Gesetzentwurf wird einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: **Donnerstag.**

Reichstag.

53. Sitzung vom 28. Januar.

Zweite Etatsberathung. **Reichs-Invalidenfonds.**

Hierzu liegt der Antrag **Richter** vor: „Die Regierungen zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, inwieweit aus den Mitteln des Reichs-Invalidenfonds für die Militärpersonen der Unterklassen, welche durch den Krieg invalide geworden sind, eine Erhöhung an Pensionszulagen oder eine Erhöhung der Entschädigung für Einbuße an der Erwerbsfähigkeit angezeigt erscheint." — Ein Antrag Graf **Douglas** (Reichsp.) will den Antrag Richter in Bezug auf die Anwendung des Militärpensionsgesetzes erweitern auf die im Staats- und Gemeindedienst angestellten Beamten.

Abg. Richter erklärt, daß er bei seinem Antrage hauptsächlich diejenigen Kriegsinvaliden im Auge habe, welche als gemeine Soldaten den Feldzug mitgemacht und in ihrer bürgerlichen Erwerbsfähigkeit durch die Folgen des Krieges erheblich beeinträchtigt sind. Die Mittel für die Pensionserhöhungen sind in dem Reichsinvalidenfonds vorhanden. Der Antrag des Grafen Douglas hängt mit meinem Antrage garnicht zusammen; er betrifft nicht bloß die unteren Klassen, sondern auch die oberen, nicht bloß die Kriegsinvaliden, sondern überhaupt alle Pensionäre. Die Verknüpfung einer so schwierigen Materie mit dem einfachen Inhalt und Zweck meines Antrages erscheint mir nicht förderlich für meinen Antrag, sie kann seine Erfüllung nur erschweren, jedenfalls hinausschieben.

Abg. Menzer (cons.): Dem Antrage des Hrn. Richter werden meine politischen Freunde zustimmen, obgleich es zweifelhaft ist, ob der Reichsinvalidenfonds die dafür nöthigen Mittel hergeben kann. Unser Antrag will den vielen berechtigten Klagen abhelfen, welche von ehemaligen Militärs ausgehen, die im Civildienst Anstellung gefunden haben. Sobald sie eine feste Anstellung erhalten, deren Besoldung eine gewisse Höhe übersteigt, wird ihnen ihre Pension gekürzt. Es ist ungerecht, daß der Fiscus einen Vortheil davon hat, wenn ein pensionirter Militär sich noch etwas verdient. Die finanzielle Belastung in Folge unseres Antrages wird keine sehr erhebliche sein, aber jedenfalls werden die Militärpersonen ihren Dienst freudiger thun, wenn sie wissen, daß ihnen ihre Pension später nicht gekürzt werden wird.

Schatzsecretär **v. Maltzahn**: Auf die Anträge kann ich materiell nicht eingehen, da über diese Verhältnisse Verhandlungen stattfinden.

Abg. v. Gültlingen (Reichsp.) erklärt sich für den Antrag des Grafen Douglas.

Abg. Pieschel (nat.-lib.): Diejenigen Militärpersonen, welche in den Communaldienst treten, büßen von der Pension einen Theil ein oder verlieren das Ganze, während die Civilpensionäre ihre Pensionen, wenn sie nachher in den Communaldienst treten, voll erhalten. Kriegsminister v. Bronsart sagte, als s. Z. Hr. Struckmann die Sache hier besprach: „Ich glaube, diese Anregungen werden Erfolg haben." Ich bitte die Regierung, diese Zusage endlich zu erfüllen.

Generallieutenant **v. Spitz**: Wenn die Militärverwaltung in die Einzelheiten heute nicht eingeht, so thut sie dies nicht aus Mangel an Interesse, sondern lediglich aus dem Grunde, weil über diese Fragen bereits Verhandlungen schweben.

Beide Anträge werden darauf der **Budgetcommission** überwiesen.

Etat der **Reichspost- und Telegraphenverwaltung.**

Abg. Funck (freis.) wiederholt die vorjährige Anregung zur Herabsetzung der Telephongebühren.

Abg. Wilisch (freis.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß trotz der steigenden Ueberschüsse der Post- und Telegraphenverwaltung der Staatssecretär sich so ablehnend verhalte gegenüber der Petition um Ermäßigung der Telegraphengebühren für Zeitungstelegramme. Von den Zeitungen sollen nur 153 000 Mk. für Telegrammgebühren eingehen. Das ist doch kaum glaublich, wenn man erwägt, daß das Wolff'sche Telegraphen-Bureau, welches doch hauptsächlich die Zeitungen bedient, allein 25 000 Mk. monatlich an Gebühren zahlt. In anderen Staaten genießen die Zeitungen erhebliche Ermäßigungen der Telegrammgebühren. Redner empfiehlt dann die Einführung verschlossener Postkarten; ferner die Herabsetzung des Portos für die grauen Postaufträge, die nicht mehr Mühe machen, als die viel benutzten grünen, und doch 70 Pf. kosten, während die grünen nur 30 Pf. kosten. Die grauen Postaufträge werden, weil zu kostspielig, jetzt wenig benutzt; würden dafür auch nur 30 Pf. erhoben, so würde dem Verkehr dadurch ein erheblicher Gewinn entstehen. Endlich sollte den Postinspectoren in den mittleren und kleineren Postämtern zur Aufgabe gemacht werden, die Dienstverhältnisse angemessener zu ordnen. Wo Mangel an Beamten ist, sollten wenigstens in den Abendstunden Aushilfskräfte eintreten.

Abg. Singer (Soc.) ist gegen eine Herabsetzung der Fernsprechgebühren, da für die Großindustriellen und die Privatleute eine derartige wirthschaftliche Erleichterung nicht nöthig sei. Ebenso wenig sei eine Herabsetzung der Telegrammgebühren allein zu Gunsten der reichen Zeitungsverleger gerechtfertigt. Redner wünscht die Bewilligung eines jährlichen Urlaubs auch für die Postunterbeamten. Vor allem nöthig sei aber die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf dieselben. Eine große Anzahl von bei der Post angestellten nichtamtlichen Hilfsarbeitern müßte jetzt schon unter das Gesetz fallen. Die Postverwaltung entziehe sich aber der ihr daraus erwachsenden Verpflichtung, indem sie aus diesen Leuten in jüngster Zeit eine neue Kategorie von „Beamten auf Widerruf" gemacht habe.

Staatssecretär **v. Stephan**: Die Zeit für eine Ermäßigung der Fernsprechgebühren ist noch nicht gekommen; wir dürfen uns nicht für die Zukunft engagiren, da wir noch nicht wissen, welche Entwickelung der Verkehr nehmen wird. Eine Herabsetzung von 150 auf 100 Mk. würde jetzt schon einen Ausfall von 2 700 000 Mk. zur Folge haben. Unsere Finanzlage ist aber nicht derart, daß wir für die oberen 10 000 eine solche Summe aus den Taschen der Steuerzahler nehmen können. Wir müssen um so vorsichtiger sein, als die Fortschritte in der Technik, die neuen Erfindungen alle Augenblicke neue Anlagen und Aenderungen an unseren Apparaten erfordern, die große Kosten verursachen. Auch die Garantiesummen sind nicht zu entbehren; denn es ist nicht möglich, auf Kosten der gesammten Steuerzahler jedem beliebigen Orte eine Anlage zu geben, die sich nachher nicht rentirt. Der Antrag von Zeitungen, meistens freisinnigen, auf Ertheilung eines besonderen Privilegiums in Bezug auf Telegrammgebühren wäre im Interesse ihrer Würde besser unterlassen worden. Die Post kommt den Zeitungen in jeder Beziehung entgegen, aber diese Wohlthaten werden immer verkannt und todtgeschwiegen. Ein Bedürfniß liegt auch garnicht vor. Es herrscht in den Zeitungen geradezu eine Verschwendung an Telegrammen, es wird sehr viel Unnützes telegraphirt. Zeitungen sind ebenso Gewerbebetriebe wie jeder andere. Es würde, wenn man den Zeitungen die Ermäßigung gewähre, eine ganze Fluth von Anträgen auf Ermäßigung aus allen möglichen Instituten und Unternehmungen kommen. Die Herren Freisinnigen scheinen sich garnicht klar gemacht zu haben, daß das eine Verletzung der Rechtsgleichheit ist.

Abg. Lingens (Centr.) tritt für weitergehende Sonntagsruhe der Postbeamten ein.

Director **Fischer** erklärt gegenüber den Ausführungen des Abg. Singer in Bezug auf das Alters- und Invalidengesetz, daß die Postunterbeamten durch Gesetz von dieser Versicherung direct ausgeschlossen sind. Alle die, welche Beamtenfunctionen bei der Post zu versehen haben, haben nun, um das Verhältniß bestimmt zu regeln, als Beamte erklärt werden müssen. Die Postverwaltung entzieht sich dadurch nicht einer Last, sondern übernimmt im Gegentheil damit eine ganz erhebliche Last.

Abg. Schädler (Centr.): Der Staatssecretär hat nicht widerlegt, daß in anderen Staaten die Zeitungen billigere Telegraphengebühren zahlen, und daß dabei die Telegraphenverwaltungen doch auf ihre Kosten kommen. Die Presse ist nicht bloß ein Geschäft, sie hat auch eine öffentliche Aufgabe; das hat auch die Regierung anerkannt, als sie neulich der Presse den Vorwurf machte, daß sie das Volk nicht genügend über die Invalidenversicherung unterrichtet habe. Es wird kein Privilegium für die Besitzer der Zeitungen verlangt; diese werden keine Ersparniß machen, denn sie werden gezwungen sein, mehr als bisher zu telegraphiren. Wenn der Staatssecretär kein Privilegium haben will, dann sollte er das Privilegium des Wolff'schen Telegraphenbureaus beseitigen, dessen Depeschen ebenso wie die Staatsdepeschen vor allen anderen Depeschen befördert werden. Daß das Wolff'sche Bureau einen eigenen Rohrpoststrang benutzt (Hört!), daß vom Postbureau ein Auszug besteht (Hört!), daß das Bureau einen Bürstenabzug des „Reichsanzeigers" vor dem Erscheinen desselben erhält (Hört!), wird behauptet, und darüber wäre wohl Aufklärung nothwendig. Denn es ist möglich, daß die Actionäre des Wolff'schen Bureaus, welche in der Finanzwelt zu suchen sind, durch diese Begünstigungen Vortheile haben.

Staatssecretär **v. Stephan**: Die Stellung des Wolff'schen Telegraphenbureaus beruht auf einem Vertrage, den die Reichspostverwaltung von Preußen übernommen hat. Die Wolff'schen Depeschen werden immer nur in derselben Kategorie vorab befördert, also eine gewöhnliche Depesche vor gewöhnlichen anderen Depeschen, aber nicht vor anderen dringenden Depeschen. Eine Rohrpostanstalt befindet sich im Gebäude des Wolff'schen Bureaus, die aber nicht bloß für letzteres bestimmt ist, sondern in Verbindung steht mit den ganzen Rohrpostanlagen Berlins. Was die Mittheilung von Bürstenabzügen des „Staats-Anzeigers" anbetrifft, so weiß ich davon nichts. Aber das sage ich: wenn ich eine wichtige Nachricht habe, so theile ich sie sofort dem Wolff'schen Bureau mit, damit sie in der Welt verbreitet wird. Die Regierung muß ein solches Organ haben, welches die Nachrichten auf das schnellste versendet. Das ist auch in anderen Ländern, z. B. in England mit Reuter's Bureau, in Italien, Oesterreich u. s. w. ebenso. Die Herabsetzung der Telegraphengebühren für die Presse würde einen ganz beträchtlichen Ausfall zur Folge haben, wie auch in anderen Ländern dabei direct mit Verlust gearbeitet wird. Wie die Begünstigungen der Presse in anderen Ländern entstanden sind, wissen wir. Da wechseln die Ministerien öfter, es kommt ein Ministerium ans Ruder, welches der Presse seine Erhebung verdankt, und unter einem solchen Ministerium wird mit einem Mal eine solche Vergünstigung eingeführt. Das wollen wir nicht. Wir sind Deutsche und wollen es nicht machen wie andere. Die Zeit, wo wir uns nach anderen richteten, ist längst vorüber, und wenn dem nicht so wäre, so würde ich nicht begreifen, weshalb die Schlachten im Teutoburger Walde und bei Sedan geschlagen sind. (Heiterkeit.)

Abg. Bachem (Ctr.): Die Mittheilungen des Staatssecretärs haben immer noch nicht aufgeklärt, weshalb die Wolff'schen Telegramme vor allen anderen befördert werden? Was leistet dasselbe dagegen? Es wäre doch endlich an der Zeit, dies Privilegium aufzuheben. (Sehr richtig!) Wir stehen in Bezug auf die Telegrammgebühren für Zeitungen hinter allen Ländern zurück. Um so eigenthümlicher berührt der Ton, den der Generalpostmeister hier anschlug, anscheinend, weil er glaubt, daß die Angelegenheit von freisinniger Seite angeregt worden ist, was thatsächlich garnicht zutrifft. Eine derartige Behandlung entspricht doch nicht der Würde der Sache. Ich habe eine Liste von 11 Zeitungen, die im vorigen Jahre für inländische Drahtberichte 340 000 Mk. bezahlt haben, darunter auch Zeitungen mittleren Umfanges. Eine Statistik in dieser Beziehung wird unbedingt erforderlich sein. Welche Veranlassung ist denn vorhanden, anzunehmen, daß die Zeitungen den Gewinn aus einer Ermäßigung der Telegraphengebühren in die eigene Tasche stecken werden, ohne daß das Publikum einen Nutzen davon haben wird? Die Zeitungen werden nicht einen Pfennig gewinnen; dafür wird schon die Concurrenz sorgen. Die Sache geht den Reichstag und das ganze Volk an. Es wäre nicht möglich gewesen, die Invalidenversicherung so gut durchzuführen, wenn nicht die Zeitungen in uneigennütziger Weise für die Popularisirung derselben gearbeitet hätten. Von den Zeitungen hat die Regierung gelernt in Bezug auf die Abwehr der Hochwassergefahr. Der Nachrichtendienst, den die Zeitungen bei der Wassersnoth von 1888 eingerichtet hatten, hat der Regierung als Muster gedient für ihre jetzige Einrichtung, die lange nicht an das heranreicht, was die Zeitungen geleistet haben. Es ist mir unverständlich, daß der Generalpostmeister darüber klagt, daß die Verdienste der Post nur im Auslande anerkannt würden. Die Verdienste des Generalpostmeisters sind allseitig anerkannt worden; aber ist das ein Grund, alle Wünsche nach Verbesserungen zu unterdrücken? (Sehr richtig!) Auch die Petition der 234 Zeitungen erkennt die hohen Verdienste des Generalpostmeisters an, und ich nehme an, daß ihm diese Anerkennung angenehmer ist, als das Zeugniß eines Ausländers. (Zustimmung.) Ich wünsche nicht, daß in die Debatte ein Ton hineingetragen würde, der auch bei uns Gefühle zum Ausbruch bringen würde, die der Sache nicht förderlich sein könnten. (Beifall.)

Hierauf wird die weitere Berathung bis **Donnerstag** vertagt.

Deutschland.

* **Berlin, 28. Januar.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende **Danksagung des Kaisers**:

Auch zu meinem diesjährigen Geburtstage, den ich dank **Gottes** gnädiger Fügung mit besonderer Freude über das mir zu Theil gewordene Familienglück verleben konnte, sind mir telegraphische und schriftliche Glückwünsche von nah und fern in reicher Anzahl zugegangen. Aufrichtig beglückt durch diese Beweise liebevoller Theilnahme, fühle ich mich allen, welche in dieser Weise zur Erhöhung meiner Festesfreude beigetragen haben, zu innigem Danke verpflichtet. Bei der Unmöglichkeit, meinen Dank den freundlichen Spendern im einzelnen auszudrücken, veranlasse ich **Sie**, diesen Erlaß zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 28. Januar 1891.

Wilhelm, I. R.

An den Reichskanzler.

* **[Der Kaiser und der Zar.]** Kaiser Wilhelm hat am 25. in Petersburg während des Frühstücks, welches anläßlich der Taufe des neugeborenen Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch veranstaltet wurde, dem Zaren durch den Militär-Bevollmächtigten Oberst v. Villaume ein prachtvoll ausgestattetes Album überreichen lassen.

* **[Levetzows Kaisertoast.]** Der Reichstag beging vorgestern die Feier des Geburtstages des Kaisers mit einem Festdiner im Kaiserhof, woran sich Mitglieder der Parteien betheiligten. Der Präsident des Reichstages v. Levetzow hielt die einzige Festrede, in welcher er u. a. sagte:

„**Ist der Curs der alte**, oder fahren wir einen neuen? so hört man wohl fragen. Meine Herren, das Ziel bleibt sicher das alte, aber der Weg dahin muß unter den Stürmen der Zeit durch Untiefen und Klippen täglich neu gesucht werden. Wir haben, Gott sei Dank, an unserem Kaiser einen Capitän auf der Commandobrücke, der mit dem in seinem Stamme erblichen Compaß der Pflichttreue, mit dem lebendigen Bewußtsein seiner Verantwortung, mit festem Willen und unermüdlichem Auge, mit der Kraft der Streiter Gottes den rechten Weg stets finden wird. Sei er alt oder neu, der Curs wird der richtige sein, und ruft der hohe Herr dort oben auf der Brücke „alle Mann auf Deck" und „klar Schiff", sei es zum Segelsetzen oder Bergen, sei es zum Ankern, sei es auch zum Gefecht, jeder gute deutsche Mann wird auf seinem Posten stehen! Auf unserem Posten wollen wir stehen, das sei unser Gelöbniß an des Kaisers Geburtstag, das wollen wir unserem Kaiser zu diesem und zu allen Geburtstagen schenken, das sei der Inhalt unseres Jubelrufes: Hoch lebe der Kaiser!"

Begeistert brachte die Versammlung das Hoch auf den kaiserlichen Herrn aus. Nach Beendigung des Diners verblieben die Mitglieder in gehobener feierlicher Stimmung beisammen.

* **[General v. Leszczynski.]** Zum Abschiedsgesuch des Generals v. Leszczynski schreibt das „Berliner Tageblatt", daß der General derjenige höhere Offizier sei, welcher sich auf amtliche Anfrage für die zweijährige Dienstzeit bei der Infanterie erklärt habe. Der General war auch Vorsitzender der mit der Revision des Militärstrafprozeßwesens betrauten Commission.

* **[Die See-Berufsgenossenschaft]** hat im Jahre 1890 an Entschädigungen für 887 Personen 105 973,08 Mk. gegen 66 289,30 Mk. im Jahre 1889 gezahlt.

* **[Amtserschleichung.]** Ueber einen sensationellen Prozeß wird der „Königsb. Hart. Ztg." in Berlin berichtet: Ein Agent J. hat bei dem Landgericht I. in Berlin gegen einen Gerichtsassessor auf Zahlung von 2000 Mk. geklagt und seinen Anspruch auf einen, von dem Verklagten unterzeichneten Schein gestützt, in welchem dieser sich zur Zahlung der erwähnten Summe verpflichtet, falls der Kläger ihm eine Stellung im deutschen Auswärtigen Amte verschaffe. Die Bemühungen des Klägers haben, wie er behauptet, zu dem Ergebniß geführt, daß der Verklagte seine Stellung antreten könne, sobald er sich zur Annahme derselben bereit erklärt, und der Verklagte hat dies nicht bestritten, aber eingewendet, daß er sich in ähnlicher Weise einem anderen Agenten gegenüber verpflichtet habe, falls dieser ihm eine Amtsrichterstelle verschaffe, daß die Bemühungen dieses anderen Agenten bis nahe an die aussichtsvolle Erlangung der Amtsrichterstelle, welche dem Verklagten annehmbarer, als die Stellung im Auswärtigen Amte sei, geführt haben, und daß er, der mit dem Kläger getroffenen Abrede gemäß, in dem jetzt eingetretenen Falle zur Zahlung der diesem versprochenen Provision von 2000 Mark nicht verbunden sei. — Der Gerichtsassessor ist inzwischen aus dem Amt entlassen worden, nachdem die Vorgesetzten von diesem Handel Kenntniß erhalten haben.

* **[Die „Nordd. Allg. Ztg."]** tritt mit Entschiedenheit dem Gerücht entgegen, daß das Blatt demnächst eingehen würde.

L. **[Die Einnahmen der preußischen Staatsbahnen]** haben, wie erinnerlich, im November v. J. 1 850 123 Mk. oder 131 Mk. auf 1 Kilom. weniger, als im November 1889, betragen. Im Dezember ist der Ausfall geringer geworden. Die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr sind — im Vergleich zum Dezember 1889 — um 805 587 Mk. gestiegen, dagegen aus dem Güterverkehr um 1 564 028 Mk. zurückgegangen. Die Gesammteinnahme ist nur um 104 212 Mark gestiegen; sie war um 50 Mark auf 1 Kilom. niedriger als im Vorjahre.

Coburg, 28. Januar. Der Herzog hat die von dem Staatsminister **v. Bonin** wegen Meinungsverschiedenheiten über organische Aenderungen im Ministerium nachgesuchte Entlassung bewilligt. Der Staatsrath **v. Wittken** ist mit der Führung der Geschäfte betraut worden.

Detmold, 28. Januar. Die von mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht von einer schweren **Erkrankung des Fürsten Woldemar** entbehrt durchaus jeder Begründung. Der Fürst hat sich lediglich auf der Jagd eine leichte äußerliche Verletzung am Bein zugezogen.

Luxemburg, 28. Januar. Der **Erbgroßherzog** ist heute Nachmittag 1 Uhr nach Frankfurt gereist. — Der Deputirte Brasseur ist zum **Bürger-**

meister von Luxemburg ernannt. — Gestern fand hier zu Ehren des **Geburtstages des Kaisers Wilhelm** ein Festdankett statt, an welchem sich 120 Personen betheiligten.

Oesterreich-Ungarn.

Gran, 28. Jan. Das Leichenbegängniß des Fürstprimas von Ungarn, Cardinal Simor, hat heute in Anwesenheit der Erzherzöge Friedrich und Joseph August, der Minister und Notabilitäten, sowie zahlreicher Deputationen stattgefunden. Als Vertreter des Prinzen Ferdinand von Coburg war Major Dobner erschienen. Der Bischof von Zips, Czaska, übernahm die kirchlichen Ceremonien, worauf der Sarg in der Gruft der Basilika beigesetzt wurde. Der apostolische Nuntius Galimberti war, durch Verkehrsstörungen verhindert, nicht erschienen.

Frankreich.

Paris, 28. Jan. Die Besucher der „Comédie française" waren gestern Abend zumeist Dienstag-Abonnenten. Gegenüber der angekündigten Aufführung des „Tartuffe" an Stelle des „Thermidor" verlangte fast das gesammte Publikum die Aufführung dieses letzteren. Es erfolgten indessen alsbald stürmische Manifestationen, so daß der Vorhang niedergehen mußte; er wurde wieder aufgezogen, mußte aber aufs neue herabgelassen werden, viermal wiederholten sich dieselben Scenen. Endlich entschloß sich der Director Claretie, nicht weiterspielen zu lassen. Die Verkündigung dieser Nachricht wurde mit Bravorufen und lebhaftem Beifall begrüßt. Die Zurückgabe des Eintrittsgeldes ging ziemlich schnell von statten. Im Publikum verbreitete sich das unverbürgte Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt Claretie's. Den Morgenblättern zufolge sollen sämmtliche Societäre des „Théâtre français" die Absicht haben, der vorgestrigen und gestrigen Zwischenfälle wegen ihre Entlassung zu nehmen.

Der „Soleil" läßt sich aus Marseille berichten, es ständen größere **Truppensendungen nach Tongking** bevor. (W. T.)

Italien.

Arco, 28. Januar. Die **Gardasee-Bahn** Mori-Arco-Riva ist heute feierlich **eröffnet** worden.

Spanien.

Madrid, 27. Jan. Das **Befinden der Königin** ist anhaltend ein besseres; dieselbe empfing bereits den Ministerpräsidenten Canovas.

Im ganzen Lande giebt sich eine **große Bewegung anläßlich der Wahlen** kund, doch ist die Ruhe nirgends gestört worden. (W. T.)

Türkei.

Konstantinopel, 28. Jan. Der türkische Botschafter in London richtete, wie die „Agence de Constantinople" meldet, an das dortige auswärtige Amt eine Anfrage in Betreff des Gerüchtes von einer angeblichen geheimen **Convention zwischen England und Oesterreich-Ungarn** wegen einer **Besetzung Salonichis durch Oesterreich**. Der Marquis von Salisbury erklärte diese Nachricht für unbegründet mit dem Hinzufügen, daß eine solche Convention mit der Politik Englands unvereinbar wäre und geradezu im Widerspruch zu derselben stehen würde. Der türkische Botschafter theilte diese Antwort dem Sultan und der Pforte mit. (W. T.)

Amerika.

Washington, 27. Jan. Der Generalprocurator Miller hat dem obersten Gerichtshofe eine Antwort auf die Berufung der canadischen Regierung gegen die **Beschlagnahme des Robbenfängers** „**Sayward**" im Behringsmeere überreicht. In derselben wird betont, die Frage sei eine politische, zu deren Entscheidung der oberste Gerichtshof nicht competent sei; die Entscheidung stehe nur der Executivgewalt und dem Congreß zu.

Newyork, 28. Januar. In der Klagesache wegen der **Verfassungsmäßigkeit des Mac Kinley'schen Tarifgesetzes**, welche die Firma Stennbach bei dem Bezirksgericht angestrengt hatte und in welcher dieselbe gegen den Zoll von 45 Procent ad valorem auf importirte fertige Baumwollenwaaren protestirte, entschied der Richter zu Gunsten des Tarifgesetzes. Gegen diese Entscheidung wird bei dem Obersten Gerichtshofe Berufung eingelegt werden. (W. T.)

Am 30. Januar: S.-A. 7.54, U. 4.33. **Danzig, 29. Jan.** M.-A. 10.35, M.-U. b. Tage.

Wetteraussichten für Freitag, 30. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Erst bedeckt, Niederschläge, lebhaft windig, dann vielfach heiter, veränderlich. Naßkalt, frostig.

Für Sonnabend, 31. Januar:

Bedeckt, Niederschläge, unruhig, lebhaft windig; theils sonnig, Temperatur kaum verändert. Sturmwarnung. (SW., W., NW.)

Für Sonntag, 1. Februar:

Veränderlich wolkig, starke Winde, Niederschläge, milde. Im Osten frostig. Sturmwarnung. (SW. bis NW.)

Für Montag, 2. Februar:

Niederschläge mit Sonnenblicken, lebhaft windig; Temperatur kaum verändert. Sturmwarnung. (SW. bis NW.)

Für Dienstag, 3. Februar:

Stark wolkig, Niederschläge, etwas kälter, lebhafte Winde.

---

* [**Wahl zum Herrenhause.**] Der Magistrat vollzog heute Mittags die Präsentationswahl eines neuen Vertreters der Stadt Danzig für das Herrenhaus, an Stelle des zurückgetretenen Herrn Oberbürgermeisters v. Winter. Die Wahl im Magistrats-Collegium fiel einstimmig auf Herrn Ersten Bürgermeister Dr. Baumbach.

* [**Zur Besetzung des Posener Erzbischofstuhles**] versichert jetzt die polnische Zeitung „Orendownik" aus angeblich „sicherster" Quelle, der wiederholt als Candidat genannte Danziger Divisionspfarrer Dr. v. Mieczkowski denke nicht daran, die schwierige und so verantwortungsvolle Stellung anzunehmen, so daß also von der Candidatur desselben keine Rede sein könne.

* [**Provinzial-Verwaltung.**] Dem in 14 Tagen zusammentretenden westpreußischen Provinzial-Landtage wird vom Provinzial-Ausschuß eine Vorlage gemacht werden, nach welcher behufs Einrichtung einer **Arbeiter-Colonie** für Westpreußen das Gut Giegel angekauft werden soll. — In Betreff der Prämiirung des Chausseebaues in Westpreußen theilt der Provinzial-Ausschuß in seinem Jahresbericht pro 1890 den Mitgliedern des Provinzial-Landtages mit, daß im letzten Jahre 501 345 Mk. Prämien für Chausseebauten an die Kreise ausgezahlt wurden. Bewilligt sind jetzt im Ganzen 7 148 978 Mk., in weitere Aussicht gestellt 2 501 210 Mk. Chausseebauprämien. Von diesen 9 650 188 Mk. sind bereits gezahlt 5 769 113 Mk. und 1 879 865 Mk. feste Verpflichtungen sowie die obigen 2½ Millionen stehen noch zu Lasten der Etats der nächsten Jahre.

* [**Provinzial-Zuchtvieh-Ausstellung.**] Eine große landwirthschaftliche Ausstellung, wie sie der Centralverein westpreußischer Landwirthe plant, würde dem Besucher von den Hilfsmitteln, mit denen heutzutage die Landwirthschaft arbeitet, um bei den schwierigen Zeitverhältnissen einen befriedigenden Ertrag zu erzielen, nur ein unvollständiges Bild liefern, wenn sie außer dem Arbeits- und Nutzvieh nicht auch die Geräthe und Maschinen vorführen würde, die der Landwirthschaft von Seiten der Industrie geliefert werden, theils um bei der Bodenbearbeitung, der Saat, der Pflege der Pflanzen, der Aberntung und weiteren Verarbeitung bis zum Verkauf oder Verbrauch mitzuwirken, theils bei der Futterbereitung theure Handarbeit zu ersetzen, dem landwirthschaftlichen Transportwesen zu dienen, im Molkereibetriebe und dem ländlichen Haushalt Zeit und Arbeit zu ersparen, dadurch die Productionskosten zu verringern, die Qualität des Erzeugnisses zu verbessern und den Ertrag zu erhöhen. So erwartet denn auch der Central-Verein auf seiner diesjährigen Provinzial-Zuchtvieh-Ausstellung eine rege Betheiligung seitens der Verfertiger landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen aller Art und hofft, daß auch andere Fabrikanten, welche Maschinen und Geräthe verfertigen, die zu der Landwirthschaft, dem Haushalt, dem Gartenbau u. s. w. in Beziehung stehen, sich zu einer Beschickung der Ausstellung entschließen werden. Auf diese Weise würde sich dieselbe bis zu einem gewissen Grade zu einer Industrieausstellung gestalten, welche den Theilnehmern hauptsächlich dadurch gewinnbringend werden dürfte, daß sie ihre Fabrikate bekannt machen, an Ort und Stelle auch wohl gleich Verkäufe abschließen oder Bestellungen entgegen nehmen. Eine solche vortheilhafte Gelegenheit, den Markt für ihre Erzeugnisse zu erweitern, dürfen sich die Fabrikanten nicht entgehen lassen; es sind aber auch Auszeichnungen dabei zu verdienen, indem für die beste Collectiv-Ausstellung landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen eine goldene Vereinsmedaille, für die nächstbeste Collection eine silberne Staatsmedaille als Ehrenpreise ausgeworfen sind. Außerdem stehen dem Preisgericht noch drei silberne und sechs bronzene Vereinsmedaillen und die erforderliche Anzahl von Ehrendiplomen behufs Prämiirung zur Verfügung und sollen um diese Ehrenpreise sowohl die Aussteller gewerblicher, wie landwirthschaftlicher Maschinen, Geräthe etc. in gleicher Berechtigung concurriren. — Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß das Comité auch eine Ausstellung von landwirthschaftlichen Producten, Dünger- und Futtermitteln des Handels veranstaltet, zu deren Beschickung namentlich auch die Herren Fabrikanten und Händler mit diesen Stoffen eingeladen werden; auch für die in dieser Abtheilung ausgestellten Gegenstände sind Ehrenpreise ausgeworfen, und zwar eine silberne und drei bronzene Vereinsmedaillen, sowie eine Anzahl von Ehrendiplomen. Es wird mithin auf der Provinzial-Zuchtvieh-Ausstellung kein Zweig der Landwirthschaft unvertreten sein, und je reicher die Ausstellung beschickt wird, desto mehr wird sie ihrem Zwecke, anregend und belehrend zu wirken, entsprechen, desto zahlreicher wird der Besuch Schaulustiger sein und desto mehr werden auch die Aussteller selbst ihre Rechnung dabei finden. Wir bemerken schließlich wiederholt, daß die Anmeldungen bis zum 1. März d. J. bei dem Generalsecretär des Vereins, Herrn Oeconomierath Dr. Oemler zu Danzig erfolgen müssen.

* [**Von der Weichsel.**] Auch heute wird der Aufbruch der Eisdecke oberhalb Dirschau rüstig fortgesetzt. — Aus dem Marienburger Werder wird uns soeben gemeldet, daß das dortige Deichamt beschlossen habe, den Nogatdamm durch Kastenschlagen sofort zu erhöhen, damit er dem Damme im kleinen Werder an Höhe gleich kommt.

* [**Concert der Frau Clara Küster.**] Der Annoncentheil der heutigen Nummer enthält das Programm des von Frau Clara Küster für Sonntag Abend veranstalteten Concerts im Apollosaale. Die hervorragende Stellung, welche die Concertgeberin, wie die ihr mitwirkend zur Seite getretenen Herren Reutener und Helbing in dem Musikleben Danzigs einnehmen, ist in dieser Zeitung des öfteren mit wohlbegründeter Anerkennung gewürdigt worden, so daß es eines besonderen Hinweises darauf kaum noch bedarf. Frau Küster wie Herr Reutener haben nicht nur bei fast jeder Oratorienaufführung, sondern auch bei zahlreichen Lieder-Concerten glänzend dargethan, daß der Concertsaal ihre künstlerische Heimath ist. Neben ihnen werden zwei Schülerinnen der Frau Küster und einige andere Dillettanten das Concert durch Gesangsbeiträge unterstützen, dessen Programm eine geschmackvolle Blumenlese von Einzelliedern, Duetten, Klavier-Vorträgen auserlesener Art bietet. Wir zweifeln nicht daran, daß die Musikfreunde Danzigs die Gelegenheit, der Concertgeberin ihren Dank für die stets bereitwillige künstlerische Förderung so zahlreicher gemeinnütziger Unternehmungen auf diesem Gebiete abzustatten, als eine hochwillkommene begrüßen werden.

[**Polizeibericht vom 29. Januar.**] Verhaftet: 15 Personen, darunter 3 Arbeiter wegen Unterschlagung, 9 Obdachlose. — Gefunden: Im Hause II. Damm Nr. 5, 1. Etage, ist ein Couvert mit verschiedenen Papieren gefunden worden; abzuholen von der Polizei-Direction. Beim Kaufmann Rudolphy, Langenmarkt Nr. 2, ist ein Check über 50 Pfg., Nr. 1894/91, des preuß. Beamten-Vereins Danzig liegen geblieben; gegen Finderlohn abzuholen von der Polizei-Direction.

* [**Entgleisung.**] Gestern (Mittwoch) Nachmittag entgleisten (auf der Labiauer Bahn) zwischen Kuggen und Nautzken auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise zwei Maschinen und zwei Wagen, wobei das **Locomotivpersonal zum Theil erheblich verletzt** wurde. Die Reisenden blieben unbeschädigt. Die Strecke ist auf unbestimmte Zeit gesperrt. Wie es heißt, soll der Heizer seinen Verletzungen bereits erlegen sein.

§§ **Elbing**, 28. Januar. Der hiesige Gewerbe-Verein ist von dem Comité für die landwirthschaftliche Provinzialschau aufgefordert worden, mit derselben eine **gewerbliche Ausstellung** zu verbinden. Der Vorstand machte dem Verein in seiner letzten Sitzung Mittheilung davon, und so wird denn der seit längerer Zeit gehegte Wunsch einer lokalen Gewerbe-Ausstellung zu Stande kommen. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß die von dem Gewerbe-Verein zu arrangirende Ausstellung sich nur allein auf die Erzeugnisse der Stadt Elbing beschränkt, während daneben eine andere größere Ausstellung von dem Central-Comité der landwirthschaftlichen Vereine veranlaßt wird, jene ist mithin gewissermaßen eine **Collectiv-Ausstellung der Stadt Elbing** in dem weiteren Rahmen der letzteren. Alle auswärtigen Aussteller wenden sich daher stets an das Hauptcomité, während die Elbinger sich an das vom Gewerbe-Verein zu bildende Lokalcomité richten. Die Folge dieser Theilung der Arbeit wird hoffentlich eine recht lebhafte allseitige Betheiligung sein. Die Ausstellung wird nur von kurzer Dauer sein, 4 Tage (vom 21.—24. Mai) sind dafür bestimmt, — da aber die Provinzialschauen von hervorragender Bedeutung sind und eine Menge von Besuchern heranziehen, so wird der Zweck der Ausstellung, von vielen Käufern gesehen zu werden, doch immer erreicht.

* In der vorgestrigen Abend-Nummer brachten wir eine, wie deutlich angegeben, der „Thorner Ostdeutschen Ztg." entnommene Mittheilung aus **Thorn** über die **Einfuhr russischer Schweine** in das dortige Schlachthaus. Zu derselben erhalten wir heute folgendes Schreiben:

Marienwerder, den 28. Januar 1891. Unwahr ist die in Nr. 18 721 der Danziger Zeitung vom 27. d. Mts. aus Thorn datirte Meldung, daß bei der dortigen Masseneinfuhr russischer Schweine kein Seuchenfall vorgekommen sei, die „traurigen Erfahrungen", von denen neulich im Parlament gesprochen wurde, in Thorn also keine Bestätigung gefunden haben.

Von den seit dem 19. Dezember v. Js. bis zum 24. d. Mts. ins Thorner Schlachthaus aus Rußland eingeführten Schweinen waren

65 Stück finnig,
4 Stück trichinenhaltig.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes fordere ich die Aufnahme dieser Berichtigung in die nächste Nummer Ihrer Zeitung.

Der Regierungs-Präsident.
Frhr. v. Massenbach.

Königsberg, 28. Jan. Im Zuchthause zu Insterburg starb dieser Tage der hiesige **Kaufmann Robert** an Entkräftung. Ueber denselben macht die „Königsb. Allg. Ztg." folgende Mittheilung: Robert hat ein Vermögen von 600 000 Mk. hinterlassen, welches seinen beiden Schwestern, einer armen Erzieherin und der Gattin eines Kaufmanns in Angerburg, zufällt. Auf die Frage eines Anstaltsbeamten, wem er sein großes Vermögen vermachen würde, erklärte Robert wenige Tage vor seinem Tode: „der Stadt Königsberg", es ist indessen zu einem Testament nicht gekommen. Robert hat in der Insterburger Anstalt meistens als Schuster gearbeitet. Zum Mai d. J. sah er seiner Entlassung entgegen.

* **Allenstein**, 28. Januar. Der Betrieb auf der Strecke von **Neidenburg bis Soldau** ist wieder hergestellt.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 28. Januar. Die neueste Nummer der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" (Redacteur Geh. Sanitätsrath Dr. S. Guttmann, Verleger Georg Thieme, Berlin-Leipzig) bringt eine Reihe weiterer **Mittheilungen über das Koch'sche Heilverfahren**. Prof. Bardenheuer berichtet über 100 in der chirurgischen Abtheilung des Kölner Bürgerhospitals mit dem Mittel behandelte chirurgische Fälle, Professor Dr. Neisser und Dr. O. Brieger in Breslau über die Einwirkung des Verfahrens auf Schleimhautlupus, und Director Dr. P. Guttmann theilt einen Fall von Heilung tuberkulöser Darmgeschwüre aus dem Moabiter Krankenhause mit.

Essen a. d. Ruhr, 28. Januar. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge ist die **Betriebsstörung** auf dem **Schachte „Monopol"** in Camen, die durch Einbrechen von Eismassen erfolgt war, bereits gehoben und die Förderung heute wieder aufgenommen worden.

London, 28. Januar. Hiesige Blätter erhalten aus Zanzibar die Nachricht, daß eine **Dhau** bei Pangani **gekentert** ist, wobei ein **deutscher Offizier** und die aus Arabern bestehende Mannschaft **ertrunken** seien.

Newyork, 27. Jan. In den der Firma Fricks Coke Company gehörigen **Kohlengruben**, die 10 Meilen von Mount Pleasant (Pennsylvanien) liegen, fand eine **Gasexplosion** statt. Es sollen dabei über 100 Menschen das **Leben eingebüßt haben**. Bisher sind 60 Leichen aufgefunden worden. Man befürchtet, daß noch etwa 70 andere Arbeiter bei der Explosion in den Gruben das Leben eingebüßt haben. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt. (W. T.)

Newyork, 27. Jan. Den letzten Nachrichten zufolge sind bei dem Zusammenstoße in Irving (Kansas) 2 Soldaten getödtet und 12 schwer verletzt worden.

Hochwasser.

Köln, 28. Jan. Während am Mittel- und Oberrhein eine Eis- oder Hochwassergefahr nicht mehr besteht, ist die Lage am Niederrhein eine kritischere. Das Moseleis und das Eis vom Mittelrhein hat sich, da in Holland das Eis noch feststeht, stromauswärts ab Emmerich angeschoben und steht schon bis unterhalb Rees. Das Wasser ist in Folge dessen dort überall stark steigend, Huisberden, Warbeyen, Griethausen, Düsselward sind überschwemmt.

Posen, 28. Januar. Eine 40 Mann starke, mit 4 Pontons von Glogau hier eingetroffene Abtheilung Pioniere begann heute, von Mannschaften der Fußartillerie unterstützt, mit dem Sprengen des Eises unterhalb der Stadt an der großen Schleuse. Auch seitens des Magistrats wird nunmehr vorgegangen, um den Gefahren einer drohenden Ueberschwemmung möglichst zu begegnen.

Minden, 27. Januar. Die Weser ist seit gestern beträchtlich gefallen und führt nur beschränkte Massen Treibeis mit sich. Letzteres ist zum großen Theil schon mürbe und zerstückelt und zerreibt leicht, so daß es an den Ufern nicht viel Schaden anrichten kann. Ist auch noch viel Schneewasser aus dem Gebirge zu erwarten, so scheint doch die Gefahr einer großen Hochfluth vorüber zu sein.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 29. Januar. (W. T.) Beim Verlassen des Abgeordnetenhauses stürzte Abg. **Windthorst** gestern Abend einige Stufen der Treppe hinab und zog sich mehrere Hautabschürfungen, besonders am Gesichte, zu. Er verbrachte aber die Nacht gut und das Allgemeinbefinden ist befriedigend.

Berlin, 29. Januar. (Privat-Tel.) Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse der 183. preuß. Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 128 697.
1 Gewinn von 10 000 Mk. auf Nr. 123 467.
3 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 80 624 123 918 166 038.
30 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 407 30 697 42 199 56 632 65 685 66 781 67 104 67 393 80 624 85 602 89 945 90 116 99 721 105 823 110 820 114 774 119 932 122 306 123 088 123 860 124 742 138 717 139 027 142 244 145 430 151 502 153 113 156 423 175 642 186 889.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 29. Januar.

Weizen loco inländ. unverändert, transit matt, per Tonne von 1000 Kilogr.

feinglasig u. weiß	126—136℔	153—196 ℳ Br.	
hochbunt	126—134℔	152—196 ℳ Br.	
hellbunt	126—134℔	147—192 ℳ Br.	116-186
bunt	126—132℔	147—190 ℳ Br.	ℳ bez.
roth	126—134℔	138—191 ℳ Br.	
ordinär	120—130℔	135—185 ℳ Br.	

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 126℔ 146 ℳ, zum freien Verkehr 128℔ 188 ℳ

Auf Lieferung 126℔ bunt per April-Mai transit 147 ℳ Br., 146½ ℳ Gd., per Mai-Juni transit 147½ ℳ Br., 147 ℳ Gd., per Juni-Juli transit 148½ ℳ Br., 148 ℳ Gd., per Septbr.-Okt. transit 144 ℳ Br., 143½ ℳ Gd.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kgr. grobkörnig per 120℔ inländisch 156—162 ℳ bez.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar inländisch 162 ℳ, unterpoln. 115 ℳ, transit 113 ℳ

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 163 ℳ Br., 162 ℳ Gd., transit 117 ℳ Br., 116 ℳ Gd., per Mai-Juni inländ. 162 ℳ Br., 161 ℳ Gd., transit 117 ℳ Br., 116 ℳ Gd., per Sept.-Oktober inländ. 143 ℳ Br., 142 ℳ Gd.

Gerste per Tonne von 1000 Kgr. kleine 109℔ 135 ℳ bez.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. weiße Koch- transit 115 ℳ bez., weiße Mittel- transit 109 ℳ bez.

Rübsen per Tonne von 1000 Kgr. russ. Sommer- 150 bis 162 ℳ bez.

Kleie per 50 Kilogramm (zum See-Export) Weizen- 3,95—4,45 ℳ bez.

Spiritus per 10000 % Liter contingentirt loco 66¼ ℳ Gd, kurze Lieferung 66¼ ℳ Gd., per Januar-Mai 66¼ ℳ Gd., nicht contingentirt loco 46¾ ℳ Gd., kurze Lieferung 46¾ ℳ Gd., per Januar-Mai 46¾ ℳ Gd.

Rohzucker ruhiger. Rendement 88° Transitpreis franco Neufahrwasser 12,17½—12,30 ℳ bez., je nach Qualität, Rendement 75° Transitpreis franco Neufahrwasser 10 ℳ bez. per 50 Kgr. incl. Sack.

Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 29. Januar.

Getreidebörse. (H. v. Morstein.) Wetter: Thauwetter. Wind: Süden.

Weizen. Inländischer unverändert. Transit in matterer Tendenz bei eher schwächeren Preisen. Bezahlt wurde für inländ. hellbunt 113℔ 170 ℳ, 115℔ 172 ℳ, 118℔ 175 ℳ, 127℔ 186 ℳ, weiß 125℔ 186 ℳ, roth 123/4℔ 185 ℳ, für poln. zum Transit gutbunt feucht Geruch 122/3℔ 138 ℳ, gutbunt besetzt 127/8℔ 146 ℳ, gutbunt 125℔ 145 ℳ, 128℔ 149 ℳ, glasig feucht 124/5℔ 144 ℳ, hellbunt feucht 122/3℔ 141 ℳ, hellbunt etwas besetzt 123℔ 142 ℳ, 125℔ 145 ℳ, hellbunt 125/6℔ 146 ℳ, 128℔ 150 ℳ, weiß feucht 121℔ 142 ℳ, für russ. zum Transit roth 122/3℔ 132 ℳ, roth mit Roggen gemischt 120℔ 116 ℳ per Tonne. Termine: April-Mai transit 147 ℳ Br., 146½ ℳ Gd., Mai-Juni transit 147½ ℳ Br., 147 ℳ Gd., Juni-Juli transit 148½ ℳ Br., 148 ℳ Gd., September-Oktober transit 144 ℳ Br., 143½ ℳ Gd. Regulirungspreis zum freien Verkehr 188 ℳ, transit 146 ℳ

Roggen. Inländ. unverändert. Transit ohne Handel. Bezahlt ist inländ. 122℔ 162 ℳ, 118℔ 159 ℳ, 115℔ 156, 157 ℳ Alles per 120℔ per Tonne. Termine: April-Mai inländ. 163 ℳ Br., 162 ℳ Gd., transit 117 ℳ Br., 116 ℳ Gd., Mai-Juni inländ. 162 ℳ Br., 161 ℳ Gd., transit 117 ℳ Br., 116 ℳ Gd., Septbr.-Oktbr. inländ. 143 ℳ Br., 142 ℳ Gd. Regulirungspreis inländischer 162 ℳ, unterpolnischer 114 ℳ, transit 113 ℳ

Gerste ist gehandelt inländ. kleine 109℔ 135 ℳ per Tonne. — **Erbsen** poln. zum Transit Koch- 115 ℳ, Mittel- 109 ℳ per Tonne. — **Pferdebohnen** polnische zum Transit 113 ℳ, nicht hart 108 ℳ per Tonne bezahlt. — **Rübsen** russischer zum Transit Sommer- 162 ℳ, besetzt 150 ℳ per Tonne gehandelt. — **Weizenkleie** zum Seeexport grobe 4,45, mittel 4,25, 4,35, feine 3,95, 4 ℳ per 50 Kilo gehandelt. — **Spiritus** contingentirter loco 66¼ ℳ Gd., kurze Lieferung 66¼ ℳ Gd., per Januar-Mai 66¼ ℳ Gd., nicht contingentirter loco 46¾ ℳ Gd., kurze Lieferung 46¾ ℳ Gd., per Jan.-Mai 46¾ ℳ Gd.

Danziger Mehlnotirungen vom 29. Januar.

Weizenmehl per 50 Kilogr. Kaisermehl 19,50 ℳ — Extra superfine Nr. 000 16,50 ℳ — Superfine Nr. 00 14,50 ℳ — Fine Nr. 1 12,50 ℳ — Fine Nr. 2 10,50 ℳ — Mehlabfall oder Schwarzmehl 6,20 ℳ.

Roggenmehl per 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 15,00 ℳ — Superfine Nr. 0 14,00 ℳ — Mischung Nr. 0 und 1 13,00 ℳ — Fine Nr. 1 11,20 ℳ — Fine Nr. 2 9,20 ℳ — Schrotmehl 9,40 ℳ — Mehlabfall oder Schwarzmehl 6,20 ℳ.

Kleien per 50 Kilogr. Weizenkleie 5,00 ℳ — Roggenkleie 5,20 ℳ.

Graupen per 50 Kilogr. Perlgraupe 22,00 ℳ — Feine mittel 18,50 ℳ — Mittel 14,50 ℳ — Ordinäre 13,00 ℳ.

Grützen per 50 Kilogr. Weizengrütze 17,50 ℳ — Gerstengrütze Nr. 1 16,50 ℳ, Nr. 2 14,50 ℳ, Nr. 3 13,00 ℳ — Hafergrütze 16,50 ℳ.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 29. Januar.

		Crs.v.28.			Crs.v.28.
Weizen, gelb			Ung.4% Grd.	92,90	92,90
Januar	—	—	2. Orient.-A.	76,20	76,20
April-Mai	198,20	198,20	4% russ.A.80	98,20	98,20
Roggen			Lombarden	58,90	59,10
Januar	177,00	177,50	Franzosen ..	109,60	109,60
April-Mai	173,50	173,00	Cred.-Actien	176,10	176,10
Petroleum			Disc.-Com. .	217,40	217,80
per 200 ℔			Deutsche Bk.	164,00	164,20
loco	24,00	24,00	Laurahütte.	138,25	139,50
Rüböl			Oestr. Noten	—	178,25
Januar	58,20	58,20	Russ. Noten	—	235,70
April-Mai	58,20	58,00	Warsch. kurz	—	235,50
Spiritus			London kurz	20,315	20,32
Jan.-Febr.	50,00	49,30	London lang	20,235	20,245
April-Mai	50,40	49,70	Russische 5%		
4% Reichs-A.	106,50	106,60	SW.-B. g.A.	85,50	85,30
3½% do.	98,20	98,20	Danz. Priv.-		
3% do.	86,80	86,90	Bank....	—	—
4% Consols	106,00	106,10	D. Oelmühle	135,20	135,50
3½% do.	98,40	98,40	do. Prior.	123,50	123,50
3% do.	86,90	86,80	Mlaw.S.-P.	110,40	110,40
3½% westpr.			do. S.-A.	62,50	62,70
Pfandbr. .	97,10	97,00	Ostpr.Südb.		
do. neue ..	97,10	97,00	Stamm.-A.	86,40	87,90
3% ital.g.Pr.	57,60	57,50	Danz. S.-A.	—	—
4% rm.G.-R.	86,50	86,40	Trk.5% A.-A	89,40	89,40
5% Anat.Ob.	88,10	88,10			

Fondsbörse: ermäßigt.

London, 29. Jan. (W. T.) Die Bank von England setzte den Discont auf 3 Proc. herab.

Meteorologische Depesche vom 29. Januar.

Stationen.	Bar. Mil.	Wind.		Wetter.	Tem. Cels.	
Mullaghmore. ..	745	S	8	Regen	9	
Aberdeen	753	S	3	bedeckt	5	
Christiansund ...	752	WSW	4	bedeckt	6	
Kopenhagen....	764	SSW	1	Nebel	2	
Stockholm.....	762	SSW	2	Dunst	1	
Haparanda	754	SW	2	halb bed.	—8	
Petersburg	766	S	1	bedeckt	—8	
Moskau	779	SSO	1	wolkenlos	—19	
Cork, Queenstown	750	—	6	wolkig	8	
Cherbourg.....	762	SSW	6	Regen	9	
Helder	763	SSW	4	Regen	3	
Sylt	762	WSW	4	Nebel	1	
Hamburg	766	WSW	2	halb bed.	3	
Swinemünde ...	767	SW	3	Dunst	2	1)
Neufahrwasser ..	767	SSW	1	Nebel	1	2)
Memel	767	SSW	3	Nebel	0	
Paris........	768	S	2	halb bed.	2	
Münster	766	S	2	wolkenlos	5	
Karlsruhe	771	N	1	bedeckt	1	
Wiesbaden	770	still	—	bedeckt	0	3)
München......	772	SSW	2	wolkenlos	—7	
Chemnitz......	771	S	2	wolkig	4	
Berlin	768	SW	2	Regen	3	
Wien	773	still	—	bedeckt	3	
Breslau	770	SW	2	bedeckt	4	
Ile d'Aix	767	S	4	wolkig	4	
Nizza	772	O	4	heiter	4	
Triest	772	O	1	wolkenlos	3	

1) Nachts Regen. 2) Feiner Regen. 3) Reif.

Uebersicht der Witterung.

Die Wetterlage hat sich seit gestern wenig verändert. In Centraleuropa dauert die schwache vorwiegend südwestliche Luftströmung fort. In Deutschland ist das Wetter trübe und mild, nur am Nordfuße der Alpen herrscht heiteres, trockenes Frostwetter, München meldet —7, Friedrichshafen —8 Grad. In Norddeutschland ist vielfach Regen gefallen. Nach der gegenwärtigen Wetterlage ist Fortdauer des Thauwetters wahrscheinlich.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stde.	Barom.-Stand mm	Thermom. Celsius.	Wind und Wetter.
29	8	766,4	+ 1,8	S. leicht, bedeckt.
29	12	767,0	+ 3,0	S. leicht, bedeckt.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: Otto Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Berliner Fondsbörse vom 28. Januar.

Die gestern hier zum Durchbruch gekommene festere Tendenz hatte im Abendverkehr der auswärtigen Plätze nicht die erwartete Nachahmung gefunden, wie die von denselben vorliegenden, fast durchweg schwach und lustlos lautenden Meldungen ersehen ließen. Auch heute brachten die Wiener Berichte keine Aenderung in der Erscheinung. Die Haltung unserer Börse unterschied sich in Folge dessen wesentlich von der gestrigen. Das Geschäft bewegte sich mehr oder minder in sämmtlichen Zweigen des Verkehrs in engen Grenzen und die Course vermochten sich, ohne dringenderes oder besonders umfangreiches Angebot, eben nur schwach auf ihrem letzten Stand zu behaupten, gaben theilweise sogar nicht unwesentlich nach. Ebenso gering wie das reguläre Geschäft, gestalteten sich die Ultimo-ransactionen, die ziemlich zu Ende geführt wurden und unter der Gunst des außerordentlich flüssigen Geldstandes glatten Verlauf nahmen. Bankactien standen besonders in ihren speculativen Titres unter dem Druck stärkeren Angebots, vermochten sich aber später auf vorgenommene Deckungen zu erholen. Inländische Eisenbahnactien meist sehr still, aber gut in den Notirungen behauptet. Ausländische Bahnen vielfach billiger abgegeben, ohne dadurch lebhafter beachtet zu werden. Montanwerthe mußten sich auf Grund von Realisationen und Blancoabgaben größere Coursreductionen gefallen lassen, erholten sich aber später. Andere Industriepapiere still und wenig verändert. Fremde Fonds bei mäßigen Umsätzen in den Notirungen meist gut gehalten. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe 2c. ruhig, fest. Privatdiscont 2¾ %.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,60
do. do.	3½	98,20
do. do.	3	86,90
Konsolidirte Anleihe ..	4	106,10
do. do. ...	3½	98,40
do. do. ...	3	86,80
Staats-Schuldscheine ..	3½	99,60
Ostpreuß. Prov.-Oblig. .	3½	95,00
Westpr. Prov.-Oblig. ..	3½	—
Landsch. Centr.-Pfdbr. .	4	—
Ostpreuß. Pfandbriefe .	3½	97,00
Pommersche Pfandbr. .	3½	97,50
do. do. .	4	—
Posensche neue Pfdbr. .	4	101,60
do. do. .	3½	96,80
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	97,00
do. neue Pfandbr.	3½	97,00
Pomm. Rentenbriefe ..	4	102,90
Posensche do. ..	4	102,90
Preußische do. ..	4	103,00

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente ...	4	96,80
Oesterr. Papier-Rente .	5	91,20
do. do. .	4⅕	81,40
do. Silber-Rente .	4⅕	81,40
Ungar. Eisenb.-Anleihe .	4½	102,20
do. Papier-Rente ..	5	89,90
do. Gold-Rente ...	4	92,90
Russ.-Engl. Anleihe 1875	4½	102,00
do. do. do. 1880	4	98,20
do. Rente 1883	6	107,40
do. Rente 1884	5	107,20
Russ. Anleihe von 1889	4	—
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	76,20
do. 3. Orient-Anleihe	5	77,40
do. Stiegl. 5. Anleihe	5	—
Russ.-Poln. Schatz-Obl. .	4	94,50
Poln. Liquidat.-Pfdbr. .	4	69,50
Poln. Pfandbriefe	5	72,80
Italienische Rente	5	92,90
Rumänische Anleihe...	6	—
do. fundirte Anl.	5	101,75
do. amort. do.	5	100,20
do. 4% Rente ..	4	86,40
Türk. Admin.-Anleihe .	5	89,40
Türk. conv. 1% Anl. La. D.	1	18,85
Serbische Gold-Pfdbr. .	5	95,00
do. Rente	5	89,40
do. neue Rente ..	5	89,75

Hypotheken-Pfandbriefe.

Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do. do.	3½	—
Dtsch. Grundsch.-Pfdbr. .	4	100,60
Hamb. Hypoth.-Pfdbr. .	4	100,75
Meininger Hyp.-Pfdbr. .	4	100,80
Nordd. Grd.-Cd.-Pfdbr.	4	100,75
Pomm. Hypoth.-Pfdbr. neue gar.	4	—
alte do. do.	4	—
do. do. do.	3½	—
III., IV. Em.	4	100,50
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	114,50
Pr. Central-Bod.-Cr.-B.	4	101,70
do. do. do.	3½	95,00
do. do. do.	4	102,75
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	100,70
Pr. Hypoth.-V.-A.-G.-C.	4½	—
do. do. do.	4	100,70
do. do. do.	3½	94,00
Stettiner Nat.-Hypoth..	5	—
do. do.	4½	104,90
do. do.	4	99,00
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	109,10
Russ. Central- do.	5	94,70

Lotterie-Anleihen.

Bad. Prämien-Anl. 1867	4	139,90
Baier. Prämien-Anleihe	4	141,50
Braunschw. Pr.-Anleihe	—	105,60
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	113,00
Hamburg. 50thlr.-Loose	3	140,10
Köln-Mind. Pr.-S. ...	3½	137,50
Lübecker Präm.-Anleihe	3½	132,30
Oesterr. Loose 1854 ...	4	120,80
do. Cred.-L. v. 1858	—	—
do. Loose von 1860	5	127,40
do. do. 1864	—	323,75
Oldenburger Loose ...	5	129,25
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½	172,00
Raab-Graz 100T.-Loose	4	104,10
Ruß. Präm.-Anl. 1864	5	—
do. do. von 1866	5	163,60
Ung. Loose	—	257,00

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

	Div. 1889	
Aachen-Mastricht	2⅝	71,00
Mainz-Ludwigshafen ..	4⅔	119,10
Marienb.-Mlawk. St.-A.	⅓	62,75
do. do. St.-Pr.	5	110,40
Ostpreuß. Südbahn ...	3	87,90
do. St.-Pr.	5	113,50
Saal-Bahn St.-A. ...	⅓	40,30
do. St.-Pr. ...	5	109,00
Stargard-Posen	4½	102,25
Weimar-Gera gar. ...	—	24,25
do. St.-Pr.	—	98,70
Galizier	4	93,90
Gotthardbahn	7⅕	—

† Zinsen vom Staate gar. Div. 1889.

†Kronpr.-Rud.-Bahn .	4¾	92,20
Lüttich-Limburg	—	27,60
Oesterr. Franz.-St. ...	2,70	109,70
† do. Nordwestbahn.	4¾	—
do. Lit. B.	5½	103,90
†Reichenb.-Pardub. ..	3,81	79,25
†Russ. Staatsbahnen. .	6,56	130,70
Russ. Südwestbahn ...	—	85,30
Schweiz. Unionb.	5	—
do. Westb.	—	—
Südösterr. Lombard ..	1⅗	59,25
Warschau-Wien	15	—

Ausländische Prioritäten.

Gotthard-Bahn	5	102,20
†Italien. 3% gar. E.-Pr.	3	57,50
†Kasch.-Oderb. Gold-Pr.	4	98,40
†Kronpr.-Rudolf-Bahn	4	84,75
†Oesterr.-Fr.-Staatsb. .	3	85,50
†Oesterr. Nordwestbahn	5	94,60
do. Elbthalb. ...	5	93,80
†Südösterr. B. Lomb. .	3	68,30
† do. 5% Oblig.	5	104,75
†Ungar. Nordostbahn ..	5	89,70
† do. do. Gold-Pr.	5	102,25
Anatol. Bahnen	5	88,10
Brest-Grajewo	5	99,50
†Kursk-Charkow	4	94,50
†Kursk-Kiew	4	94,50
†Mosko-Rjäsan	4	96,10
†Mosko-Smolensk ...	5	100,90
Rybinsk-Bologoye ...	5	97,80
†Rjäsan-Koslow	4	94,10
†Warschau-Terespol ..	5	102,50
Oregon Railw. Nav. Bds.	5	95,00
Northern-Pacif.-Eis. III.	6	107,75
do. do.	5	88,30

Bank- und Industrie-Actien. 1889.

Berliner Kassen-Verein	137,10	6
Berliner Handelsges. ..	162,90	12
Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—
Bremer Bank	114,10	4¼
Bresl. Discontbank ...	106,00	7
Danziger Privatbank ..	—	8¼
Darmstädter Bank ...	159,50	10½
Deutsche Genossensch.-B.	126,75	8
do. Bank	164,25	10
do. Effecten u. W. .	—	11
do. Reichsbank ...	140,80	7
do. Hypoth.-Bank .	111,10	6¼
Disconto-Command. ..	217,80	14
Gothaer Grundcr.-Bk. .	89,10	—
Hamb. Commerz.-Bank	123,25	7½
Hannöversche Bank ...	113,75	5
Königsb. Vereins-Bank	99,25	6
Lübecker Comm.-Bank .	—	7
Magdbg. Privat-Bank .	111,60	5⅔
Meininger Hypoth.-B. .	104,50	5
Norddeutsche Bank ...	159,25	12
Oesterr. Credit-Anstalt .	—	10⅝
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	—	—
do. do. conv. neue ..	105,00	—
Posener Provinz.-Bank .	—	6
Preuß. Boden-Credit ..	122,25	6½
Pr. Centr.-Boden-Cred.	154,90	10
Schaffhaus. Bankverein	115,00	5
Schlesischer Bankverein	122,70	8
Südd. Bod.-Credit-Bk. .	157,25	6½
Danziger Oelmühle ...	135,50	5
do. Prioritäts-Act. .	123,50	5
Neufeldt-Metallwaaren .	108,00	8
Actien der Colonia ...	10 000	66⅔
Leipziger Feuer-Versich.	—	60
Bauverein Passage ...	73,25	5½
Deutsche Baugesellschaft .	85,40	3⅓
A. B. Omnibusgesellsch.	217,50	10½
Gr. Berl. Pferdebahn .	250,00	12½
Berlin. Pappen-Fabrik.	104,00	7
Wilhelmshütte	97,25	6½
Oberschles. Eisenb.-B. ..	86,50	6

Berg- u. Hüttengesellschaften.

		Div. 1889.
Dortm. Union-St.-Prior.	—	4
Königs- u. Laurahütte .	139,50	11
Stolberg, Zink	67,50	2½
do. St.-Pr.	128,50	7½
Victoria-Hütte	—	—

Wechsel-Cours vom 28. Januar.

Amsterdam	8 Tg.	4	168,70
do.	2 Mon.	4	167,85
London	8 Tg.	3½	20,32
do.	3 Mon.	3½	20,245
Paris	8 Tg.	3	80,55
Brüssel	8 Tg.	3	80,60
do.	2 Mon.	3	80,25
Wien	8 Tg.	4½	178,05
do.	2 Mon.	4½	176,95
Petersburg	3 Wch.	5½	234,75
do.	3 Mon.	5½	233,50
Warschau	8 Tg.	5½	235,50

Discont der Reichsbank 4 %.

Sorten.

Dukaten	—
Sovereigns	—
20-Francs-St.	16,125
Imperials per 500 Gr. ...	—
Dollar	—
Englische Banknoten	20.315
Französische Banknoten. ..	80.90
Oesterreichische Banknoten.	178,25
Russische Banknoten	235,70

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.